INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2⁵⁰ DM



2.5.1996

Nr. 374

Hallo Leute...

Is ja irgendwie schwierig einen Kommentar zur 1. Mai-Demo zu schreiben, bevor sie abgelaufen ist. - Ziemlich gemischte Gefühle, keine Frage, aber insgesamt gesehen gings ja fast noch mal? - Na ja, ansonsten waren eine Menge Papiere zeitlich schon überholt und sind daher im Ordner gelandet. Außerdem war kürzlich ein zweiter Teil zum Thema Sexualität angekündigt, auf den wir immer noch warten.

Inhalte

Ordner

Land+Freiheit wg. Droste
Diverse Papiere zum 1. Mai
Wupppertaler Institut

Tschernobyl-Aktion
Gefangener aus Italien

RINDERWAHNSINN IN DER SCHWEIZ

Auch Bären sind bedroht





Impressum:
Herausgeberin: Interim e. V. Gneisenaustr. 2a 10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag

Rehhagel gefeuert – Beckenbauer Interimstrainer

BM München, 28. April
Paukenschlag in der Fußballbundesliga: Der FC Bayern München entließ am Sonnabend abend, wenige Stunden nach der blamablen 0:1-Niederlage gegen Aufsteiger Hansa Rostock, seinen Trainer Otto Rehhagel. Bis zum Saisonende wird Präsident Franz Beckenbauer die Mannschaft wieder coachen.

Als Nachfolger von Rehhagel, dessen Vertrag bis 1998 lief, kehrt zu Anfang der neuen Saison Giovanni Trapattoni nach ...

CASTOR - ALARM !

Für die Woche vom 6. bis 10. Mai '96 ist der nächste Castor-Transport in das Gorlebener "Zwischen"-Lager geplant. Von Seiten der Atomstrategen laufen die Vorbereitungen bereits auf Hochtouren.
Für das Wendland plant die Polizei einen Einsatz, der zumindest so umfangreich sein soll wie beim ersten Tag X. Doch während der Phantasie der Polizei ziemlich schnell Grenzen gesetzt sind, und ihr wiedereinmal nichts anderes einfällt, als den Castor mit allen Mitteln gegen den Willen einer großen Mehrheit durchzuprügeln, haben wir aus den Aktionen der letzten Wochen neuen Mut und neue Kraft geschöpft und gemerkt, daß wir immer mehr werden.
Die Aktionen "Frühjahrsputz" und "Ausrangiert" haben deutlich gezeigt, daß der Widerstand nach dem ersten Transport nicht resigniert hat. Im Gegenteil! Auch wir haben uns auf den drohenden Transport gut vorbereitet und werden der Arroganz der Atomstrategen und ihren Handlangern mit Phantasie und Entschlossenheit entgegentreten. Diesesmal werden wir mehr sein, als beim ersten Transport und das nicht erst, wenn der Castor rollt.
Bereits am Freitag, den 3.5. findet um 16.00 Uhr in Lüneburg die Aktion "Unfaßbar" statt: eine Anti-AKW-Stadtralley.
Am Samstag, den 4.5. beginnt die heiße Phase um den drohenden Transport mit dem "Tag -X^2" : Um 5 vor 12 Großkundgebung in Dannenberg. Im Anschluß daran wird ein Widerstandscamp errichtet. Wer nicht in dem Camp schlafen kann oder möchte, kann auch über die Schlafplatzvermittlung eine Unterkunft bekommen.
Von Berlin aus fahren Busse! Die Abfahrtszeit ist frühzeitig genug gewählt um eine rechtzeitige Ankunft in Dannenberg zu gewährleisten. Die Busse fahren am gleichen Tag zurück, um auch die Menschen, die nur an diesem einen Tag ins Wendland kommen können, einzubinden. Natürlich wäre es schön, wenn möglichst viele Menschen für längere Zeit im Wendland bleiben. Auch ist es möglich - und für alle, die länger bleiben, sehr nützlich -, per Bus sein Fahrrad mitzunehmen.
Neben der üblichen Demoausrüstung möchten wir, vor allem denen, die länger bleiben können, empfehlen folgendes mitzubringen: Zelte, Schlafsack, Zahnbürste, Verpflegung, Werkzeug, Seile, Arbeitshandschuhe, Planen gegen Regen, große Transparente, Fahrrad...

BUSFAHRKARTEN FÜR DEN "TAG -X^2"

Abfahrt: Samstag, den 04.05.1996, 7.30 Uhr,
Straße des 17. Juni, Eingang Mathegebäude
(Mitnahme des Fahrrades möglich!)
Rückfahrt am gleichen Tag gegen ca. 19.00 Uhr möglich

Preis: 25,- DM (Solipreis) // 20,- DM (Normal)
15,- DM (für alle, die sich den Bus sonst nicht leisten können)

Vorververkauf:
M99, Manteuffelstr. 96 // Schwarze Risse & EX, Gneisenaustr. 2a



Fr., den 3.5. Auftaktveranstaltungen in Uelzen und Lüneburg
Um 16.00 Uhr in Lüneburg ab Marktplatz Anti-AKW-Ralley

Sa., den 4.5. "Tag -X²"
um 5 vor 12 Kundgebung in Dannenberg, danach Errichtung des Widerstandscamps.
Hierzu fahren Busse aus Berlin:
Abfahrt: Sa.,4.5., 7.30 TU Berlin, Mathegebäude, Mitnahme des Fahrrades möglich
Preis: 25,- DM(Soli), 20,- DM(Normal), 15,- DM(Mindest)
Vorverkauf: M99, Manteuffelstr. 96 // EX & Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a

6.-10.5. "Tag X²" - Termin für den nächsten Castor-Transport nach Gorleben
Vorbereitung: Jeden Dienstag ab 20.00 Uhr im Anti-Atom-Plenum
Auch hier fährt ein Bus des IPPNW am 7.4. um 6.00
Preis: 35,- DM // Anmeldung: 030/3359024 o. 030/3366610

Anti-Atom-Plenum
Kurfürstenstraße 14
10785 Berlin

27.6.-11.8. Die Castornix-Karawane '96
Mit dem Fahrrad von Gorleben über Grohnde, Ruhrgebiet, Ahaus, Gronau, Lingen, Esenshamm, Stade, Krümmel nach Dannenberg

1.-5.5. Vorbereitungstreffen zur Karawane
Fahrradanhängerbau Rondeel, 29439 Lüchow, Tel.: 05846/766

24.-27.5. Letzter Schliff am Zwischenlager Gorleben

Bürozeiten:
Mo. & Di. 10-13 Uhr
Do. 12-15 Uhr
Fr. 11-15 Uhr

Tel.: 030/2616252

ANTIFA

in der nacht zum 20. april 1996 haben einige engagierte antifaschistInnen den blauen opel kadett (b-da 903) des rechtsradikalen heiko luge im tempelhofer lerchenweg.12 in brand gesetzt.

luge ist seit längerer zeit aktivist der rechtsextremen szene berlins und war/ist in verschiedenen zum teil inzwischen verbotenen gruppen organisiert. er war mitglied der verbotenen nazistischen "freiheitlichen deutschen arbeiterpartei" (fap), der rechtsextremen "deutschen volks-union" (dvu), der cdu-jugendorganisation junge union (ju) und leiter des rechtsextremen "deutschen colleg".

am 29. oktober 1995 organisierte heiko luge, der sich selbst als "konservativer revolutionär" bezeichnet, in der tempelhofer janusstraße ein lesertreffen der reichtsextremen zeitung "staatsbriefe". dort sollte ein vortrag über die "variation des systemwechsels" gehalten werden. der autor: ein dr. reinhold oberlechner, der bereits einen "reichsverfassungsentwurf" und ein "100 tage-programm" veröffentlichte. im letzteren propagiert er die gründung einer "nationalen notstandsregierung".

zudem formierte sich im märz '96 ein "deutsches colleg". unter der leitung von heiko luge und helge drescher wurde von diesem rechtsextremen "colleg" ein schulungszyklus zur "neuordnung deutschlands" ins leben gerufen. in diesem "colleg" wird die theoriearbeit für eine machtübernahme der faschisten geleistet.

lassen wir den faschisten und ihren menschenverachtenden aktivitäten keinen raum !!
[illegible]n greifen gegen nazis ist nötig und gerechtfertigt !!
dieses vorgehen war eine aktion der kampagne "20.april '96 - nazi frei!".

einige aktive antifaschistInnen

..G, 25. APRIL 1996 - ..

Krawalle in Prenzlauer Berg, Autos brannten in Kreuzberg

Bei Krawallen am Helmholtzplatz (Prenzlauer Berg) haben Dienstag gegen 23.15 Uhr rund 30 Vermummte hohen Sachschaden verursacht. An der Kreuzung Lychener/Lettestraße stürzten die Randalierer zunächst einen Bauwagen um und warfen Fensterscheiben ein. Anschließend trugen sie mehrere Holzpaletten und Müll zusammen und zündeten diesen Haufen auf der Kreuzung an. Vor Eintreffen der Polizei waren die Vermummten bereits geflüchtet.

Ob diese Taten in Zusammenhang mit dem Brand von vier Autos in Kreuzberg stehen, ist unklar. Am Planufer waren gestern früh gegen 2.30 Uhr im Parkhafen ein BMW, ein VW-Wohnmobil und ein VW Passat in Flammen aufgegangen; ein Ford Orion brannte teilweise aus. Verletzt wurde niemand, die Ursache des Feuers wird noch ermittelt. Bisher fand die Polizei hier keine Anhaltspunkte für ei-

Den Protest und Widerstand verbreitern

Es mehren sich die Anzeichen, daß in nächster Zeit weitere Transporte mit hochradioaktivem Atommüll ins „Zwischenlager" Gorleben bevorstehen. So liegen Anträge auf Einlagerung von sog. Glaskokillen aus der französischen WAA in La Hague sowie von abgebrannten Brennelementen aus dem AKW Gundremmingen vor. Die sog. Kalthantierung mit den Behältern ist an beiden Standorten abgeschlossen, so daß mit der Beladung des jeweiligen Behälters in den nächsten Tagen und Wochen zu rechnen ist.

Auch ansonsten laufen die Vorbereitungen zur Durchführung dieser Transporte auf Hochtouren. Unklar indes ist, ob beide Transporte nahezu gleichzeitig das Wendland erreichen sollen, oder ob diese mit einer größeren zeitlichen Distanz erfolgen soll. Sicher hingegen scheint, daß die Gegenseite sich auf einen Transporttermin in der 19. Kalenderwoche vorbereitet. Damit ist es also wieder an der Zeit, alle Kräfte zu sammeln, die Mobilisierung voranzutreiben und den politischen Druck drastisch zu verschärfen. Zeigen wir der Atommafia, daß sie auch zehn Jahre nach Tschernobyl und ein Jahr nach der ersten Castor - Einlagerung mit uns rechnen müssen!

Jetzt erst recht

Auch wenn die im April'95 erfolgte Einlagerung des ersten Castor - Behälters gezeigt hat, daß die Allianz aus Atomindustrie und Staat in der Lage ist, einen solchen Transport quer durch das Land zu befördern, so ist doch auch deutlich geworden, daß eine politische Akzeptanz für derartige Transporte nicht besteht. Der Transport war nicht politisch, sondem nur militärisch durchsetzbar. Protest und Widerstand waren derart heftig, daß die Einlagerung nur mit einem der größten Polizeiaufgebote in der Geschichte der BRD möglich war.

Doch nicht Frustration und Resignation sind unsere Antwort auf diese „Niederlage", sondern Entschlossenheit. Entschlossenheit, den politischen und ökonomischen Preis für jeden folgenden Einlagerungsversuch weiter in die Höhe zu treiben. Unsere „Niederlage" war und ist für die Gegenseite ein bitterer Erfolg, ein Erfolg, der mit 55 Millionen DM teuer erkauft werden mußte. Der Staat hat überdies wieder einmal bewiesen, daß er die Profitinteressen der Atomwirtschaft mehr achtet als die Lebensinteressen der Menschen. Daß sein wahres Gesicht das des Polizeistaates ist, der mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln rücksichtslos die Interessen der Betreiber durchsetzt. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, wie die Pläne hinsichtlich der weiteren Einlagerung trotz neuer erheblicher Sicherheitsbedenken zeigen.

Auch die Überlegungen für ein neues sog. Gefahrenabwehrgesetz zeigen nur allzu deutlich, wessen Interessen hier geschützt werden sollen: Nicht das ohnehin eingeschränkte Recht aus Demonstrations- und Meinungsfreiheit, oder die Menschen, die aus Verantwortung und Sorge über die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf die Straßen gehen, gilt es zu schützen, sondern jene staatliche Bürokratie, Willkür und Gewalt, die den Weg für diese Zerstörung bereiten! Der Atomstaat hat seine Maske fallen lassen, und wir sind entschlossen, es mit ihm aufzunehmen!



Doch kann dies nur gemeinsam geschehen. Darum ist es an der Zeit daß sich die gesamte Region erhebt, um sich diesen Plänen zu widersetzen.

Gemeinsam und vielfältig

Eine jede nach ihren Möglich- und Fähigkeiten, jede nach ihrer Fasson. Es gilt wieder, die ganze Breite des Protestes und Widerstandes deutlich werden zu lassen und ihr praktischen Ausdruck zu verleihen. Ungeachtet des bislang Erreichten, in Qualität und Quantität, wir müssen mehr werden. Darum rufen wir alle Gruppen und Einzelpersonen auf, beteiligt Euch an den vorbereiteten Aktionen, initiiert selbst welche, im Wendland wie in Euren Städten und Dörfern zuhaus. Werdet aktiv!

Drei Anschläge auf Bahnstrecken in Deutschland

HAMBURG (rtr). Unbekannte Täter haben am Wochenende drei Anschläge auf Bahnstrecken verübt. In der Nacht zum Sonnabend detonierte nach Polizeiangaben auf der Strecke Lüneburg-Dannenberg in der Nähe des niedersächsischen Atom-Zwischenlagers Gorleben ein Sprengsatz. Aufgrund der Plakate, die am Tatort gefunden wurden, seien wahrscheinlich Gegner des Zwischenlagers Gorleben für den Anschlag verantwortlich, hieß es. Der Sachschaden betrage rund 20000 Mark. Auf der Strecke Braunschweig-Hannover warfen Unbekannte am Sonntag einen Wurfanker auf die Oberleitung. Ein Güterzug sei beschädigt worden. In der Nacht zum Sonntag hatten Unbekannte in Bad Salzuflen versucht, einen Zug AG entgleisen zu lassen. Sie häuften auf der Strecke Detmold-Herford Betonplatten und Eisenteile auf die Schienen. Ein Lokführer konnte eine Zwangsbremsung durchführen.





Demonstrieren - Blockieren - Sabotieren

Das Untergrundamt der Republik Freies Wendland ruft dazu auf, den politischen und ökonomischen Druck auf die am Atomgeschäft profitierenden Firmen genauso wie auf Bundes- und Landesregierung ab sofort (!!!) wieder zu verschärfen. Es ergeht der dringende Appell, jede möge das ihrige tun, um zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele beizutragen. Von der Bäuerin, der Bürgerin, der Gewaltfreien, der Schülerin über die Lehrerin bis hin zur Autonomen sind alle aufgerufen, sich gemäß ihren Vorstellungen von Protest und Widerstand aktiv einzubringen und entsprechend zu handeln! Gorleben ist ein Nadelöhr für die Atomindustrie, hier müssen sie durch. Verhindern wir es. Versalzen wir ihnen die Suppe, spucken wir ihnen hinein. Zeigen wir, jede für sich und alle gemeinsam, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, daß wir ihren Schiet nicht wollen, machen wir es ihnen so schwer wie nur irgend möglich!!!

Es ist wieder an der Zeit:

- Anzeigenkampagnen zu starten,
- mit Parolen und Plakaten die tristen Städte und Dörfer zu verzieren,
- weiträumig um das Wendland herum Orts- und Hinweisschilder unkenntlich zu machen oder zu entfernen,
- Infomaterial zu den Transporten und zur Atomenergie sowie diesen Aufruf zu verbreiten,
- Veranstaltungen durchzuführen,
- mit Blockaden von Verkehrseinrichtungen und Firmen die Entschlossenheit zu verdeutlichen,
- mit Demonstrationen in Stadt und Land zu zeigen, daß das Wendland nicht alleine steht, Gorleben ist überall!
- mit öffentlichen Aktionen des Zivilen Ungehorsams die Breite des Protestes zu unterstreichen,
- mit direkten Aktionen die Firmen, die am Atomgeschäft profitieren anzugreifen,
- durch gezielte, verantwortungsvolle Sabotage den Preis der Bahn für die Durchführung dieser Transporte in die Höhe zu treiben,
- sich zusammenzuschließen, in Gruppen zu organisieren und Banden zu bilden,
- den gemeinsamen Kampf als solchen zu begreifen, unabhängig von allen Unterschieden die uns nun mal ausmachen,
- keine Spaltung der Bewegung in friedlich und militant zu dulden,
- bundesweit an die Aktionen der letzten Jahre anzuknüpfen,

vielfältig, flexibel, entschlossen - und unkalkulierbar



Für das Wochenende unmittelbar vor dem Transporttermin wird die BI über die Telefonketten wieder einen bundesweiten Alarm- und Hilferuf auslösen. Tragt Euch, Eure Region, Gruppe etc. also in diese Telefonkette ein und organisiert daheim eigene!
Wir fordern Euch dringend dazu auf, reist wenn irgendmöglich schon am Freitag an. Beteiligt Euch an den geplanten 'Auftaktaktionen' in Lüneburg und Uelzen!

Treffpunkte:

- Lüneburg, Marktplatz ab 16 Uhr, Aktion „UnFaßbar", bringt bitte Fässer mit, Infotelefon: 04131 / 48599
- Uelzen, Hammersteinplatz 16 Uhr, Infotelefon: 0581 / 74741

Am, Samstag findet dann eine Sternfahrt zur Kundgebung in Dannenberg statt,

Treffpunkte

- Lüneburg 10 Uhr Parkplatz ZaSt, Bockelmannstr.
- Salzwedel 10 Uhr
- Uelzen 10 Uhr Hammersteinplatz
- Dömitz 11 Uhr

Infotelefone im Wendland:

- BI- Büro O584l / 4684
- Platenlaase 05864 / 558

alle angegebenen Nummern sind während der gesamten Zeit erreichbar, öfter versuchen!

Nach Abschluß der Kundgebung haben alle die Möglichkeit, sich vom ordnungsgemäßen Zustand der Schienenwege zu überzeugen. Mit Phantasie und Entschlossenheit kann in den folgenden Tagen und Nächten vor dem Transport jede (!) ihren Protest zum Ausdruck bringen. Es gilt weiterhin, bundesweit die Parole:

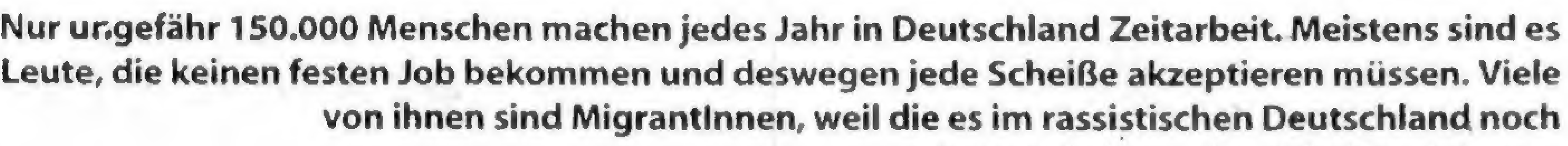
Den Castor verhindern bevor er losfährt !

Doch auch wenn der oder die Transporte bereits auf dem Weg ins Wendland sind, werden gut vorbereitete Gruppen entlang des Schienennetzes der Bahn eine Vielzahl von Eingriffsmöglichkeiten finden und umsetzen! Während der gesamten Zeit gilt es immer wieder, Spontaneität und Flexibilität zeitlich wie räumlich unter Beweis zu stellen. Sie mögen die Macht haben, wir haben die Nacht, zeigen wir es ihnen!

WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL VON ZEITARBEIT UND MIESEN ARBEITSBEDINGUNGEN



Zeitarbeit das heißt: Niedriglöhne, häufige Entlassungen, kaum gewerkschaftlicher Schutz, dauernde Arbeitsplatzwechsel. Wer als Zeitarbeiter in einer Firma arbeitet, wird dort von den Chefs benutzt, um die Solidarität unter den fest Angestellten zu zerstören. Wer Zeitarbeiter ist, kann sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen so gut wie gar nicht zur Wehr setzen. Zeitarbeit erhöht die Arbeitslosigkeit, denn: Firmen brauchen bei großer Nachfrage keine neuen Leute einzustellen, sondern mieten sich einfach vorübergehend ihre Hilfskräfte. Zeitarbeit ist die Verarschung schlechthin!!!



Nur ungefähr 150.000 Menschen machen jedes Jahr in Deutschland Zeitarbeit. Meistens sind es Leute, die keinen festen Job bekommen und deswegen jede Scheiße akzeptieren müssen. Viele von ihnen sind MigrantInnen, weil die es im rassistischen Deutschland noch schwerer haben, eine Arbeit zu kriegen.
Im Prinzip sind 150.000 Menschen natürlich nicht besonders viele, aber Zeitarbeit ist nur ein Teil einer Entwicklung, die überall zu spüren ist. Immer seltener schließen Betriebe feste Arbeitsverträge ab.
Auf dem Bau beauftragen die großen Firmen kleine Subunternehmen mit der Arbeit. Wenn diese pleite gehen, bleiben die Malocher ohne Lohn. Wenn es in den Subunternehmen zu Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen kommt, sucht sich die Baufirma einfach einen Ersatz, oft aus europäischen Ausland, wo die Löhne noch niedriger sind. Oder in der Autoindustrie: Immer mehr Teile werden bei kleinen Firmen im In- und Ausland hergestellt. Dadurch umgehen die Konzerne die Tarifverträge und lassen indirekt die Leute für miese Löhne und in beschissenen Verhältnissen arbeiten - und - in immer mehr Bereichen gibt es sogenannte „freie Mitarbeiter" und „Selbständige", von LKW-Fahrern über Imbiß-Besitzern bis hin zu Programmierern, die sich für ihre Existenz kaputtschuften.

Bei den Konzernen und Regierungen nennt man diese Entwicklung „schlanke Produktion" und „Flexibilisierung". Sie sollen das Mittel sein, um den deutschen Großunternehmen ihre Weltmarktstellung zu sichern und noch größere Gewinne zu ermöglichen.
Wir nennen das einfach: SCHEIßE! Wir sollen mehr arbeiten und weniger verdienen, wir sollen die willenlosen Handlager sein, damit es den Konzernen gut geht. Wir wollen aber, daß es UNS gut geht.

KUNDGEBUNG
7. MAI 1996
16 Uhr
Waldemarstr./Manteuffelstr.
(VOR DER ZEITARBEITSFIRMA)

· HER MIT DEN MILLIARDEN, DIE DIE BONZEN EINSTREICHEN, ODER ES RAPPELT IM KARTON!
SCHLUß MIT DER ZEITARBEIT UND ANDEREN TRICKS, UM UNS WEITER ZU BEKLAUEN!
· WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL VON RASSISMUS, NIEDRIGLÖHNEN UND SOZIALKÜRZUNGEN.

FrauenLesben gegen Militarismus
- am 31.Mai
das öffentliche Gelöbnis verhindern!

Für den 31. Mai 1996 plant die **Bundeswehr** zum 1. Mal seit dem Ende des 2. Weltkrieges ein öffentliches „feierliches Gelöbnis" deutscher Soldaten im Berliner Citybereich. Dieses Spektakel soll vor dem Schloß Charlottenburg stattfinden. Laut Presseberichten ist geplant, das Gelöbnis von mindestens 500 Kriegsdienstleistenden in großem Rahmen zu zelebrieren: 25.000 Schaulustige werden erwartet bzw. herangekarrt. 2.000 Polizeibeamte sollen dafür sorgen, daß es keine Schauunlustigen gibt und das Gelöbnis zu einem Desaster wie im Bonner Hofgarten wird, wo sich Militärs von lautstarken **„Mörder, Mörder"**-Rufen gestört fühlten.

Ja, stören!

Für den 31. Mai um 9.00 Uhr
am Ernst-Reuter-Platz
ist bereits eine Demo angemeldet.
Das Vorbereitungstreffen für einen starken schauunlustigen
FrauenLesben-Block
ist am 7. Mai um 19 Uhr
im El Locco, Kreuzbergstr. 43

Das Gelöbnis auf einem öffentlichen Platz stattfinden zu lassen, soll dazu dienen, das Militär mittels Glorifizierung zu einer normalen, anerkannten Erscheinung im Stadtbild werden zu lassen. Der Versuch, die Bundeswehr wieder im öffentlichen Raum zu etablieren, steht in direktem Zusammenhang mit dem Umbau zur Interventionsarmee.

Kein Gelöbnis ohne uns
- mit uns auch nicht !

Referat für Lesben,...+ Frauenreferat autonom im AStA TU

★Dokumentation des Widerstandes gegen die Häuserräumung Alt-Stralau 46★

Mittwoch 17.April 1996

Gegen 17.15 Uhr wurden die beiden Häuser Alt-Stralau 46 geräumt.

Donnerstag 18.April 1996

Um 12.00 Uhr fand eine Kundgebung mit 50 Leuten vor der WBF (Warschauerstraße) statt. Trotz Anmeldung dieser Kundgebung wurde diese von der Polizei angegriffen und gezielt drei Menschen kurzzeitig festgenommen. Zum selben Zeitpunkt fand eine Pressekonferenz im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Danach wurden die Fraktionsräume der CDU und Bündnis90/Grüne für ca. eine halbe Stunde besetzt.

Gegen 15.00 fuhr Senator Strieder auf die Stralauer Halbinsel, um sie und die Rummelsburger Bucht zu besichtigen und über weitere Investionen zu entscheiden. Während er sich auf der Halbinsel befandt, wurde diese mit einem quergestellten LKW-Anhänger verbarrikadiert. Später als er mit seinem Bus Alt-Stralau verlassen wollte, wurde dieser mit Farbeiern angegriffen. Eine viertel Stunde später stürmten drei Hundertschaften die Halbinsel, hatten die Helme aber wahrscheinlich falsch rum auf, denn sie rasten an den „TäterInnen" vorbei und fanden so natürlich niemanden zum festnehmen vor.

Parallel dazu wurden an einer Brücke drei Transparente gegen die Räumung entrollt

Zwischen 15.00 und 18.00 fuhr ein LKW durch Friedrichshain um über diese zu informieren und um zur anschließenden Demo zu mobilisieren.

Kurz nach 18.00 begann am Frankfurter Tor die Demo gegen die Räumung der Häuser Alt-Stralau 46. Ungefähr 200 Menschen und rund 600 Büttel fanden es wichtig, daran teilzunehmen. Allerdings fühlten sich die meisten Demonstranten durch die dauerhaften und mehrfachen Spaliere stark provoziert. In Alt-Stralau, und damit faßt am Ende der Demoroute angekommen, überfielen BSE-Bullen die Demo noch zweimal und prügelten die Leute zusammen. Direkt vor den ehemals besetzten Häusern griffen die Ordnungshüter den LKW-Lauti an und zerschlugen eine Scheibe, um die Insassen des Lautis nach draussen zuziehen. Dabei wurden speziell Leute aus den Häusern zusammengeschlagen und festgenommen. Zwei der vier Festgenommen wurden erst am nächsten Tag um vier Uhr früh freigelassen.

Samstag 20.April.1996

In der Nacht zum Sonntag wurde das BMW-Autohaus in der Karl-Marx-Allee entglast.



Sonntag 21.April.1996

Am Nachmittag wurde auf die Dimitroffstraße in Höhe des SEZ ein Kleinlaster geschoben und angezündet.



Montag 22.April .1996

Den ehemaligen Bewohner der Häuser Alt-Stralau 46 wurde gestattet in ihre ehemaligen Wohnungen zurückzukehren, um ihre Habseligkeiten auf die Straße zu räumen.

Einige Personen verschantzen sich für mehrer Stunden in ihren Zimmern, oder ließen sich andere witzige Aktionen einfallen, um wenigstens noch für ein paar Stunden in den genuß eines Daches über dem Kopf zukommen.



Dienstag 23.April.1996

In der Nacht zum Mittwoch warfen mehrere Personen in die Lychener Sraße einen Bauwagen um und entzündten mehrere Holzpalletten. Zeitgleich wurde die hiesige Schlecker-Filiale entglast.




...

Erklaerung der Pfarrstrasse 88 zu den Ereignissen am 27.04.96

Drogen und Bullen: zwei Wege, ein Ziel

Unsere Freundin ist tot; Uebeler Angriff der Polizei auf die Pfarrstrasse 88

Heute Nachmittag (Samstag) haben wir entdeckt, dass eine Bewohnerin unseres Hauses gestorben war, angeblich wegen einer Ueberdosis. Daraufhin wurde der Notruf angerufen, damit ein Arzt und Krankenwagen kommt. Nach einer Viertel Stunde kam ein Loeschfahrzeug der berliner Feuerwehr. Ein Bewohner begleitete den Beamten zur ihrer Wohnung. Danach kam die Polizei mit vier Six-Packs. Ohne irgendwelche menchlichen Gefuehle haben diese Bullen nur Witze und sich lustig gemacht. Danach kam die Kripo, aber bis zum Eintreffen des Gerichtsmediziners war wohl ein halbe Stunde vergangen. In der Zwischenzeit waren die Beamten nur an der feststellung von personalien von anwesenden Personen interessiert. Zwischendurch fuhr eine vollbesetzte Wanne direkt vor unsere Haustur. Noch bevor die Besatzung sich vollstaendig aufgebaut hatte, forderte der Kripobeamte die Bereitschaftsbullen auf sich zuruckzuziehen. Dann kam endlich ein Gerichtsmediziner, der feststellte, der Tod war nicht durch Fremdeinwirkung eingetreten. Die Bullen verliessen dann unser Haus und fuhren ab. Nur die Kripo und drei Abschnittsbullen standen noch auf der gegenueberliegenden Strassenseite. Der Einsatzleiter der Kripo kam zu uns und teilte uns mit, dass alles in Ordnung sei, die fehlenden Personalausweise nicht mehr von bedeutung waeren. Es sollte nur noch Etna, unsere tote Mitbewohnerin, abgeholt werden.

Zu diesem Zeitpunkt war die Haustur noch voellig offen. Wir warteten noch etwas vor dem Haus, als eine Wanne direkt auf unsere Tur zufuhr. Ca. 6 Leute stellten sich spontan vor unsere Tur. Als die Besatzung in vollstaendiger Kampfmontur heraus sturmte, wurde die Haustur verschlossen weil diese Eskalation niemand von uns Einschaetzen konnte. Verstaendlicherweise wollten die Leute erstmal wissen, worum es sich bei dieser erneuten Provokation handelte und blieben einfach vor der Tur stehen. Daraufhin fingen die Bullen an, auf die Leute vor dem Haus einzuprugeln. Die Bewohner fragten immer noch, wo denn der Leichenwagen bleibt. aber es kamm nur noch mehr Wannen und Polizeigewalt. Der Mensch, der ganz am Anfang den Notruf angerufen hatte, wurde brutal geschlagen und seine Brille ging kaputt. Als er die Kripo fragte, was los sei, wurde er auf den Boden geworfen, am Kopf getreten, und festgenommen wegen Widerstand, Beleidigung, und Landfriedensbruch. Vier weitere Personen wurden auch festgenommen and zum teil misshandelt.

Wir finden, das, was Heute passiert ist, ein unmenschliches Verhalten der Bullen und einen uebelen Angriff. Ein uns nahestehender Mensch ist anscheinend vor mehreren Tagen gestorben und lag unbemerkt in ihrer Wohnung. In dieser Situation faellt den Staatsterroristen/Faschisten nichts besseres ein als uns zu terrorisieren und sich ueber den Tod einer Linken zu amusieren. Das zeigt uns in welchem Umfang die braune Gesellschaftsordnung von den Herrschenden und ihren bezahlten und ehrenamtlichen Bluthunden schon zu gesellschaftlichem Alltag gemacht wurde.

Wir leben hier um zu versuchen in dieser beschissenen Welt des Kapitalismus, Sexismus, und Rassismus eine freiere und menschlichere Gesellschaft aufzubauen und auch selbst zu leben. Wir sind uns im klaren darueber, dass auch in uns die reaktionaeren gesellschaftlichen Wurzeln vorhanden sind (u.a. Sozialisation) und wir nicht immer und in allen Punkten wiederspruchslos uns verhalten, denken, und fuehlen konnen. Trotzdem denken wir ist es eine bessere Umgehensweise mit dem sozialen Probleme von Pulverdrogen so umzugehen, dass nicht alle Menschen die Pulverdrogen konsumieren zu diskriminieren oder auszugrenzen sind. Sondern auch der Versuch einer Auseinandersetzung mit diesen Menschen besser ist, auch wenn wir immer wieder solche Situationen wie heute erleben muessen/werden.

Trauer und Wut!!
Fuer Menschlichkeit, gegen den Neoliberalismus!!
Fuer eine bessere Gesellschaft, gegen Repression!!
BRD-Bullenstaat, wir haben dich wirklich zum kotzen satt!!!!
No Pasaran!!!!!!!!!!!!!!!!!!



Palisadenstraße, kleine Hamburger Straße, Rigaer Str.80, Alt-Stralau 46

Durch die Entscheidung des Amtsgerichtes Mitte, die Räumung von Alt-Stralau 46 nach § 17ASOG sei rechtens, da Hausfriedensbruch die öffentliche Sicherheit gefährde, werden alle bisherigen Duldungen fraglich. **<u>Einjähriger Aufenthalt ist nach diesem Urteil eindeutig kein Grund zur Duldung mehr!!</u>**

Alle weiteren besetzten Häuser und Wagenburgen sind hierdurch akut bedroht.
Der Wachschutz für Alt-Stralau behauptet, bereits jetzt für 8 weitere, noch zu räumende Häuser bestellt worden zu sein!

PALI PRAUCHT PINKE!

Wir haben ein Spendenkonto für die ehemaligen BewohnerInnen des geräumten Hauses Palisadenstraße 49 in Berlin-Friedrichshain eingerichtet. Es wird Geld für Anwaltskosten, anstehende Prozeßkosten und für Öffentlichkeitsarbeit benötigt.

<u>Spendenkonto:</u>
J. Großmann
Konto-Nr. 015 1902
Commerzbank Berlin
BLZ 120 400 00

Wir haben gestern, am 24.4.96, in der Hornstraße in Kreuzberg einen Transporter der Firma KUTHE zerstört.

KUTHE hat an der Errichtung des Abschiebeknastes Berlin-Grünau mitgewirkt und ist deshalb mitverantwortlich für die Einknastung von Flüchtlingen sowie deren anschließende Abschiebung in Krieg, Folter, Knast, Armut oder Tod.

Vor einem Jahr, am 11.4.95, wurde die Sprengung dieses damals fast fertiggestellten Knastes durch das K.O.M.I.T.E.E. leider im letzten Augenblick verhindert. In der Zwischenzeit wurden mehrere militante Aktionen gegen am Knastbau beteiligte Firmen - neben KUTHE auch ALLROUND Gerüstbau und MAROTZKE Malerbetrieb - durchgeführt. Wir hoffen, daß sich diese sowie die anderen beteiligten Firmen durch den entstandenen - und weiterhin entstehenden - Schaden belehren lassen und zukünftig auf diese Art von Profit verzichten werden.

Heute wurden drei Personen als Zeugen im "Fall K.O.M.I.T.E.E." von der BAW vorgeladen. Sie sollen gezwungen werden, ihre Freunde im Exil zu denunzieren, ansonsten droht ihnen Beugehaft und Zwangsgeld. Von diesen Vorladungen sind noch über 20 weitere Menschen bedroht, die schon eine Vorladung des LKA bekommen haben. Wir fordern die BAW auf, die Ermittlungen sofort einzustellen!!!

Viele Grüße an Bernhard, Thomas und Peter im Exil!

Freiheit für Safwan Eid (gefangen als angeblicher Täter des Brandanschlags von Lübeck)!

Freiheit für Michael und Bernhard (gefangen wegen angeblicher AIZ-Mitgliedschaft)!

Abschaffung aller Abschiebeknäste!

Grenzen auf für Alle!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Heraus zum revolutionären 1.Mai!!!

Das K.O.M.B.I.N.A.T.

Brandanschlag auf Bauwagen

In der Nacht zu gestern wurde in der Hornstraße (Kreuzberg) ein Brandanschlag auf einen Bauwagen verübt. Das Fahrzeug gehört einer Firma, die am Bau des Abschiebegewahrsams Grünau beteiligt war. Fünf weitere Autos wurden beschädigt. Bereits Mittwoch standen am Planufer im gleichen Bezirk (wie berichtet) mehrere Autos in Flammen. Gestern wurde bekannt, daß sich ein 37jähriger Mann während des Anschlags in seinem Wohnwagen befunden hatte. Er konnte sich jedoch in Sicherheit bringen. *pag*

Anschlag: Lkw brannte

Kreuzberg – Brandanschlag in der Hornstraße: Ein Klein-Lkw wurde ein Raub der Flammen. Das Fahrzeug gehört einer Firma, die am Bau des Abschiebegewahrsams in Grünau beteiligt war. Das Gebäude wurde bei der Eröffnung im April '95 durch ein Sprengstoff-Attentat zerstört. Der Staatschutz ermittelt.

Soziale Revolution weltweit!

Laßt uns unregierbar sein!

Kommt alle zum antiautoritär-sozialrevolutionären Plenum!
Erstes Treffen
Donnerstag 9.Mai um 19 Uhr im Nachladen, Waldemarstr.36, Berlin

Wir sind ein bunter Haufen von RätekommunistInnen, AnarchistInnen, undogmatischen Linksradikalen, Autonomen aus verschiedenen Gruppen & Zusammenhängen, wollen endlich den Versuch starten, uns zu vernetzen, zu fetzen, zusammen was zu machen - ohne Hierarchien, auf uns selbst vertrauend. Mal schaun...
Ein erster Schritt war unsere Vorbereitung des antiautoritär-sozialrevolutionären Blocks für die revolutionäre 1.Mai- Demo (R.L.-Platz), wo wir eigentlich so einige Gemeinsamkeiten festgestellt haben. Wie ist es mit Dir? Haste nicht auch Lust, vorbeizuschauen? Wie heißt es nicht so schön: Allein machen sie Dich ein, gemeinsam sind wir unausstehlich.

Let's come together nicht nur am 9.Mai!

Teilnehmende:
Der Revolutionäre Funke, Rote Luzi, AntiFa Marzahn-Hellersdorf, Ökologische Linke Berlin, FAU Hellersdorf, HUSD (herrschaftsfreundspaßdabei), einige vom Anti-Atom-Plenum, Anarchistischer Laden, Einzelpersonen, ... und DU ?!

LEGEN WIR DIESE STADT LAHM!

Protest gegen Sozialabbau und Ausgrenzung wird zum Alltag in dieser Stadt!

BÜNDNIS

9. Mai 1996

Protest- und Aktionstag in ganz Berlin!

Man sagt, wir alle müssen sparen. Wir sollen den Gürtel enger schnallen. Die fetten Jahre seien vorbei. Fette Jahre für wen? Dieses Land stinkt vor Reichtum, der wie überall in der Welt falsch verteilt ist.
Wir sehen für uns keinen Grund zum Sparen!

In Berlin erwarten uns in diesem Jahr weitere, noch viel tiefere Einschnitte im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich. Der Haushalt für 1997 soll bereits ab August beschlossen werden. Damit wird es auch noch den letzten sozialen und kulturellen Projekten an den Kragen gehen. Der Sozialabbau geht weiter.
Großdemonstrationen allein, selbst mit -zigTausend TeilnehmerInnen werden nicht ausreichen, diese Politik zu stoppen und umzukehren.

Unser Widerstand muß vielfältig, bunt und alltäglich werden!

Was uns weiterhin vereint, ist der Wille, sich *gemeinsam* zu wehren - es bleibt dabei:
SchülerInnen gegen Arbeitsplatzabbau, Lohnabhängige gegen Einsparungen im Bildungs- und Kulturbereich, Flüchtlinge und EinwanderInnen gegen Ausgrenzung von Behinderten, StudentInnen gegen Lohnverzicht und Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Erwerbslose für den Erhalt der sozialen Projekte, SozialhilfeempfängerInnen gegen den Tiergartentunnel und Hauptstadtwahn und Behinderte gegen Mietwucher und für Hausbesetzungen.

Wir müssen den Alltag in dieser Stadt bestimmen, damit unser Protest unübersehbar und politisch wirksam wird! Mit dem Protest- und Aktionstag am 9.5.1996 wollen wir den politisch Verantwortlichen, sei es Bonn oder in Berlin, zeigen, daß sie an uns nicht vorbeikommen. Ab dem 9.5.96 soll der Protest gegen Sozialabbau und Ausgrenzung der Normalzustand in der Stadt sein. Stellt euch vor, Wohnungssuchende besuchen Miethaie, die Kitas und sozialen Projekte belagern die Bezirksrathäuser, SchülerInnen und StudentInnen streiken, Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen blockieren den Verkehr...und die ganze Stadt fährt BVG zum Nulltarif.

Bei uns wird nicht gespart - den Haushalt kippen!

Organisiert gemeinsame Aktionen und leistet Widerstand!

Für eine Umverteilung von oben nach unten!
Für eine materielle Grundsicherung von 1500.- plus Miete!
„BVG - Nulltarif“!
Legalisierung von Hausbesetzungen - sozial gerechte Mieten!
Abschaffung aller AusländerInnengesetzen!
Keine Diskriminierung von Behinderten und Pflegebedürftigen!

Abschlußkundgebung: 19.00 Breitscheidplatz

Berliner Bündnis gegen Sozialabbau und Ausgrenzung
Informationen über und Anfragen zu Aktionen beim RefRat HUB: 2093-2603

V.i.S.d.P.: ReferentInnenRat der HUB Unter den Linden 6 10099 Berlin

Transparenz in der Zensur

oder

Warum wir die Arranca Nr. 8 nicht verkaufen

Mit ihrer neuesten Ausgabe hat die Arranca-Redaktion ein Heft zum Schwerpunkt Sexualität vorgelegt, das bei uns schon beim Durchblättern der Zeitung heftige Bauchschmerzen auslöste: Mehrere sexistische Fotos waren der Auslöser für uns, die Zeitung erstmal nicht zu vertreiben, sondern zunächst die Texte lesen und besprechen zu wollen. Von Anfang an war klar, daß wir dieses Heft nicht kommentarlos stehen lassen wollen/können - die sich anschließende Frage war, ob unser Kommentar der Ausgabe beigelegt werden soll oder ob wir nur unsere Stellungnahme veröffentlichen und die Zeitung nicht verbreiten, also "wegzensieren".

Zensur im Allgemeinen ...

Da wir - gerade auch bezogen auf diese Arranca-Nummer - mit dem "Vorwurf der Zensur" konfrontiert wurden, wollen wir an dieser Stelle nochmal grundsätzlich etwas zu **ZENSUR** sagen: In vielen Fällen wird Zensur von der politischen Szene selbstverständlich getragen und durchgesetzt. Bezogen auf Sexismus sei nur an die letzten Beispiele erinnert: HbW, Fanladen, El Rojito, Droste... Das Ver-/Behindern solcher Veranstaltungen zielte immer darauf ab zu verhindern, daß die VeranstaltungsbesucherInnen sich selbst ein eigenes "objektives" Bild verschaffen können. Genau diesen liberalen "Objektivismus", der alle Seiten kennen will, um nur ja mittratschen zu können, ohne politisch Stellung zu beziehen - diese bürgerliche "Toleranz" bekämpfen wir (scheinbar) alle aufs Schärfste. Wir lassen nicht zu, daß Positionen, die Unterdrückung, in welcher Form auch immer, legitimieren, dargestellt und damit diskutierbar gemacht werden!

Auch wir kommen also- zumindest in dieser Gesellschaft - nicht daran vorbei, Sanktionen zu verhängen und Zensur auszuüben. Es ist daher nicht die Frage, ob solche Mittel eingesetzt werden, sondern vielmehr danach, wer dies tut. Und das wiederum ist eine Vertrauensfrage Wir erwarten von den o. g. Veranstaltungs-/KonzertbesucherInnen, daß sie nach dem Lesen unserer Flugblätter umdrehen im Vertrauen darauf, daß wir die Geschichten schon "richtig" dargestellt haben und keine Demontage aus irgendwelchen undefinierbaren "Rachegelüsten" oder sonstigen Motiven betreiben. Auch wenn dieser Vergleich etwas hinken mag: Wir vom Infoladen erhoffen uns grundsätzlich das gleiche Vertrauen von Euch in den Fällen, wo wir zensieren.

... und im Schwarzmarkt?

In der Regel fällt es uns sehr schwer und erfordert viel Auseinandersetzung, eine Zeitung/ein Buch aus dem Verkauf zu nehmen. Dies gerade weil wir den meisten von Euch einen verantwortungsvollen Umgang unterstellen. Hinzu kommt, daß der Schwarzmarkt z. Z. nicht der Infoladen ist, der von einer Szene getragen wird, d. h. diese Diskussionen finden unter relativ wenigen statt. (Wir arbeiten daran, dies zu verändern und solche Auseinandersetzungen in Zukunft zu verbreitern!)

Trotz allem: Es gibt bei uns Schmerzgrenzen, wo wir uns weigern, die jeweiligen Sachen zu verkaufen! Mal allgemein gesprochen liegen diese Grenzen da, wo wir uns in den Positionen, die wir uns erkämpft haben, vom rollback bedroht fühlen. Und für uns ist der Schwarzmarkt ein Infoladen zur Verbreitung fortschrittlicher Informationen und Politikansätze, in dem weder reaktionäre noch dem Zeitgeist entsprechende herrschaftsstabilisierende Aussagen Platz haben.

Diesen Kriterien würden wohl die meisten von Euch zustimmen, aber was hat das denn nun mit linken Zeitungsprojekten wie der Arranca zu tun? Leider mußten wir in der Vergangenheit feststellen, daß eben auch linke Zeitungsredaktionen, die aufgrund unserer gemeinsamen politischen Wurzeln wie selbstverständlich von uns unterstützt wurden, in mehr als nur "Fettnäpfchen" getreten sind: So haben wir "die Beute" wegen ihres unglaublich zynischen Umgangs mit Droste-GegnerInnen ganz aus dem Verkauf genommen Die letzte "Bahamas"-Ausgabe, die kommentarlos sowohl Positionen eines Droste-Befürworters als auch den völligen Verriß des triple oppression-/multi oppression-Ansatzes abdruckte, haben wir ebenfalls nicht mehr vertrieben. Die einzige Reaktion auf unsere Stellungnahme an die Bahamas-Redaktion besteht bis heute darin, daß zwei Monate später beleidigt die Hefte dieser Ausgabe wieder abgeholt worden sind. Vor diesem Hintergrund sind wir heute entsprechend mißtrauisch, wenn eine Zeitung wie die Arranca mit pornografischen Bildern ihre LeserInnen locken oder provozieren will.



Dennoch: Grundsätzlich finden wir es gut, daß das Thema Sexualität mal "positiv" angegangen werden soll. So notwendig die Beschäftigung mit Sexismus war und ist, so nervig und Kräfte aufreibend ist die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt. Allerdings definieren wir diese nicht - quasi im Umkehrschluß - als eine "negative" Annäherung an das Thema Sexualität, sondern es geht hierbei schlicht und einfach um Gewaltverhältnisse. Das bedeutet auch, daß die Themen Sexualität und sexuelle Gewalt nicht gegeneinandergestellt werden dürfen!

Konkret zur Arranca Nr. 8 ...

Den Ansatz der Arranca-Redaktion, sich dem Thema Sexualität zu nähern, begrüßen wir zwar, doch die Umsetzung finden wir - gelinde gesagt - mißlungen. Nach dem Lesen der Artikel bleibt als Grundgefühl zu diesem Heft übrig, daß es sich um eine reine Heterobeschreibung von Sexualität handelt bzw. daß es ein Ausdruck vom rollback inklusive der Demontage feministischer Positionen und Geschichte ist. Im folgenden wollen wir unsere Kritik an einzelnen Punkten konkreter machen, ohne uns jedoch vollständig an den Texten abzuarbeiten - wir sehen es nicht als unsere (Frauen-) Arbeit an, das Heft umfassend zu kommentieren. (Sämtliche Zitate sind aus der Arranca entnommen.)

... die Einleitung hinterläßt viele Fragenzeichen

Bei einem derart sensiblen, weil kaum öffentlich ausgetragenen Thema hätte die *Einleitung* zu dieser Nummer wesentlich ausführlicher und genauer sein müssen: Die Frage nach der Zielsetzung müßte sich anders beantworten als nur in Abgrenzung zu Diskussionen um sog. "Verbotenes", "Tabus" etc. Damit wäre dann auch ziemlich schnell die Frage aufgetaucht, ob Sexualität und sexuelle Phantasien unter den heutigen Bedingungen überhaupt in einer Zeitung mit gemischt-geschlechtlicher LeserInnenschaft diskutierbar ist bzw. welche Kriterien dafür sprechen könnten...

Indem in der Einleitung nur ein Artikel (von "Nummerzehn") kommentiert wird,

wird kein Wort verloren. Dabei ist es genau diese **männerbestimmte Zusammenstellung**, die wir kritisieren! Doch dieser Eindruck kommt in der Einleitung gar nicht erst auf - im Gegenteil, die Redaktion meint, daß sie *"noch in keiner Nummer eine so intensive Auseinandersetzung mit feministischen Texten"* gehabt hätten. Wir wollen der Arranca nun nicht unbedingt ihre guten Absichten absprechen, aber wir kommen später noch auf "feministischen Texte" in dieser Ausgabe zurück.

Schon die Einleitung zu diesem Heft hinterläßt den bitteren Nachgeschmack, als ginge es darum, sich mal langsam von den bisher geführten Diskussionen über sexuelle Gewalt zu verabschieden und darüber hinaus diese zu diskreditieren: *"Wir finden solche Diskussionen ... zwar notwendig, aber die Gewichtung scheint uns trotzdem seltsam. Wer die Debatten verfolgt, kann den Eindruck gewinnen, der radikalen Linken gehe es vor allem um die Durchsetzung moralischer Tabus und nicht etwa um ein lustvolles, sexuelles Leben."* Keine Rede von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen! Erkämpfte Definitionen für Grenzverletzungen werden als "moralische Tabus" dem Zeitgeist entsprechend abgestempelt! Ziel ist das lustvolle, sexuelle Leben für Alle, wobei Geschlechterunterschiede und-kämpfe scheinbar keine Rolle mehr spielen!

Noch ein Highlight aus der Einleitung, das schwerlich als Ausrutscher gesehen werden kann. Im Zusammenhang mit der Rede von *"dem Verbotenen"*, wird sodann wie folgt aufgelistet: *"Pornographie, Prostitution, Pädophilie, Vergewaltigung (wobei Vergewaltigung mit Sexualität herzlich wenig zu tun hat)."* Den Umkehrschluß hieraus zu kommentieren, sparen wir uns lieber...

Neu ist für uns das Abdrucken pornographischer Bilder in einer linksradikalen Zeitung - auch hierzu hätten wir gerne mehr gelesen als: *"Küsse an die LayOuterInnen mit ihren feinen Äuglein und Händchen!"* Sind diese Bilder als Provokation zu verstehen oder geht es darum Pornographie in der Linken wieder salonfähig zu machen, indem gerade wie selbstverständlich sich jede Anmerkung dazu erübrigt?

Wir lehnen es nach wie vor ab, daß Frauen dafür herhalten müssen, ihren Körper in gemischt-geschlechtlichen Publikationen vermarkten zu lassen! In patriarchalen Verhältnissen stellt die Zurschaustellung nackter Frauenkörper **immer** die Degradierung der Frau zum Objekt dar!

Die sexuelle Revolution der 68er: Keine feministische Revolution

In dem Artikel *"Die Linke und die sexuelle Revolution"* wird ein Geschichtsabriß der Entwicklung im Umgang mit Sexuali-

jetzigen Zuständen mit ihren moralischen Verboten, die die Arranca wenigstens outen, wenn nicht bekämpfen will, der Frauenbewegung zugeschrieben: *"Es war vor allem eine Errungenschaft der feministischen Bewegung, bestehende soziale Rollen in Frage gestellt zu haben. Dabei schlug die Diskussion jedoch auch ins Gegenteil um. Das Kritisierte wurde zum Verbotenen, es bildete sich ein Moralkodex, der erneut Rollen festschrieb."* Wenn das tatsächlich gesellschaftliche Realität - und sei es nur in der Linken - wäre, hätten wir in der letzten Zeit beim Benennen/Bekämpfen von Sexismen scheinbar ja nur offene Türen eingerannt...

Feministische Organisierung ist notwendig!

Auch der Rest des Artikels bleibt bei einer Demontage feministischer Politik stehen: Die *"Schwarz-Weiß-Konzepte"* wie auch die *"einfachen Antworten, die falsch"* seien, die *"moralischen Urteile, die nicht helfen"* würden - dies alles untermauert bzw. legitimiert mit Zitaten einer Feministin, die zumindest sehr umstritten ist. Nachdem wir also nun unsere feministische Geschichte in dieser Hinsicht zumindest auf den Müll werfen sollen, fragt sich, wie "unsere" Sexualitat denn dann zu verändern sei. Die Antwort darauf ist die nicht gerade brandneue Erkenntnis: *"Nicht die Moralisierung, sondern die Auseinandersetzung ist der Schlüssel zur Veränderung."* Leider fehlt auch hier eine Anmerkung dazu, daß Frauen sich bereits jahrzehntelang auseinandersetzen und viel Energie in z. B sog. Beziehungsarbeit verschwendet wurde und wird.

Die Linie, daß **frau gemeinsam mit man** nach Lösungen suchen und sich aus der Selbstisolation der Frauenbewegung herausbegeben sollte, wird auch in dem darauf folgenden Interview *"Radikal für die Lust - unnachgiebig gegen Gewalt"* weiter verfolgt: Die feministische Bewegung sei davon ausgegangen, *"daß der Mann die andere Seite darstellt, von der wir uns unterscheiden und der gegenüber wir uns selber behaupten wollten. Die feministische Bewegung ... hat in vielen Fällen Debatten mit Männern, gemeinsames Handeln, die Darstellung unserer Reflexionen und den Austausch von Positionen vernachlässigt oder nicht als angebracht angesehen. Sie hat sich sehr stark in einer Welt der Frauen eingeschlossen."* Hier wird undiskutiert suggeriert, als würde der Mann nicht die andere Seite darstellen, als seien solche Politikansätze zumindest überholt.

der unstreitig völlig daneben ist, wird (zumindest unbewußt) suggeriert, als seien die anderen Beiträge soweit in Ordnung, ein Kommentar überflüssig. Auch zur Zusammenstellung der Texte

Nicht einmal am Rande wird auf die Notwendigkeit von Frauenorganisierung eingegangen. Im Gegenteil:Feministische Politik und damit einhergehend eine **feministische Identität wird eher als Gefahr** gesehen: *"Ich bin der Meinung, daß man Umrisse einer Identität für das Entstehen einer Bewegung braucht, aber ich denke, daß das Sich-Berufen auf eine starke, klar definierte Identität heutzutage nicht mit unseren Realitäten übereinstimmt. Außerdem überwiegen meines Erachtens die Nachteile und Gefahren im Vergleich zum selbstbestimmenden Aspekt der Identität."*

politisch korrekt - nur ein Dogma?

Der folgende Artikel *"über pc, leidenschaft und revolution"* ist ein derartiges Sprach-Spiel-Getümmel, daß er nahe daran ist, überhaupt gar nicht erst ernst genommen zu werden. Es wird viel über den Begriff *"political correctness"* lamentiert. Dabei wird pc so platt als negatives Dogma entlarvt, wie es bislang nur vom mainstream der neueren US-Soziologie oder der bürgerlichen Presse vertreten wird

Leseprobe: *"pc im zusammenhang mit sexualität heißt knigge light plus schnoddrigkeit aber trotzdem spießig: die gefühlsechte sucht nach der maoral in der roten bibel: vegetarisch-fleischig. sauber!"* Die Art, in der dieser Beitrag, Versuche von (Frauen-) Befreiung lächerlich macht, könnte durchaus die eines sexistischen, bürgerlich-intellektuellen Mackers sein. Auch hier gilt das oben Gesagte: Wir befinden uns nicht in der Situation, wo solche zynischen Ergüsse als ironisches Possenspiel belächelt werden können, sondern wir **betrachten sie als Angriff auf uns!**

Pornographie wird auch weiterhin bekämpft!

Völlig daneben ist - wie schon erwähnt - der Artikel von Nummerzehn *"sexuelle Phantasien, Pornographie & Zensur"* Durch psychoanalytische Erklärung wird der Pornobetrachter zum hilflosen Mann, der lediglich seine Kindheitstraumata (Trennungstrauma von der Mutter!) überwinden will. Zusätzlich zu diesem tät in der sog. Linken wiedergegeben. Darin wird u. a. behauptet, die "sexuelle Revolution" - beginnend 1967 - wäre von den *"feministischen und antiautoritären Teilen der Bewegung"* angeschoben worden. Dies ist glatte **Geschichtsverfälschung** zu Lasten einer sich erst einige Jahre später formierenden Frauenbewegung. Denn diese ist gerade aus der Notwendigkeit enstanden, sich gegen die "sexuelle Revolution" zu wehren, in der Männer sich penetrationsorientiert den Zugriff auf möglichst viele Frauenkörper ermöglichen wollten!

Später jedoch wird die Schuld an den

Verständnis für die individuelle Entwicklung des Mannes ist für Nummerzehn diese Legitimation recht unproblematisch, weil ja *"(die) Pornographie, so legen es die neueren psychoanalytischen Forschungen nahe, ... nicht an die Stelle der Realität"* tritt. Also handelt es sich ja nur um eine theoretische Diskussion über das *"Unbewußte"*, welches *"nicht direkt auf das in der Gesellschaft herrschende Machtgefälle zu beziehen"* ist.

Auch in der Arranca-Redaktion war dieser Artikel heftig umstritten: *"Darüber waren die Meinungen ... in der Redaktion so konträr, daß eine Auseinandersetzung kaum noch möglich war"* (aus der Einleitung). Fraglich ist, warum es bezogen auf diesen Beitrag überhaupt konträre Meinungen gibt. Ihre Kritik formulieren die ASSISTENTINNEN dann auf den folgenden zwei Seiten, wo sie zutreffend feststellen, daß ihre *"Antwort"* womöglich als *"Feigenblatt"* benutzt wird/werden kann.

Wir können die Kritik der ASSISTENTINNEN nur unterstreichen! Zudem finden wir es unerträglich, daß ein Pornographie befürwortender Artikel neun Seiten (der längste Beitrag in der Zeitung überhaupt!) eingeräumt werden, der dann auch noch mit pornographischen Bildern garniert wird! Zwar gibt es eine Antwort darauf, doch diese nimmt nicht im Entferntesten soviel Raum ein!

Allein durch den Abdruck dieses Artikels werden solche "Geisteshaltungen" überhaupt diskutierbar gemacht! Weitere Akzeptanz erhält der Beitrag durch den "wissenschaftlichen" Anmerkungsapparat, der immerhin auch eine Seite umfaßt. Hinzu kommt die Zusammenstellung mit anderen Texten in dieser Ausgabe die solche antifeministischen Positionen noch untermauern.

Stellungskrampf in den Betten: ein politischer Kampf!

Der Artikel *"Stellungslehre - über das 'Untenliegen' und Political Correctness"* greift viel zu kurz und transportiert so eine Verfälschung der feministischen Forderung aus den 70er Jahren: Die Entlarvung der herkömmlichen Sexualpraktik ("Missionarsstellung") als Ausdruck auch sexueller Hierarchie war einerseits damals als "Kampfbegriff" notwendig - andererseits sollte er dadurch die Suche nach neuen Wegen im sexuellen Umgang miteinander fördern (weg von Penetrationsorientierung etc.). Auf diesen Hintergrund geht die Autorin leider nicht ein, sondern beschreibt die Kritik am "Untenliegen" schlicht als Dogma, dem sie ihre individuelle eigene Sexpraktik entgegenstellt (*"Manchmal liege ich 'dabei' unten. Gerne."*). Die politische Forderung, die hierin enthalten war/ist, wird so auf den persönlichen individuellen Umgang der Einzelnen reduziert und verliert dadurch ihren politischen Gehalt.

Wo sie die *"Forderung, Frauen sollten mindestens zu 51 % obenliegen"* aufgespürt hat, ist rätselhaft. Wenn es diese Forderung tatsächlich gibt, so ist sie selbstverständlich zu kritisieren.

Warum sich die Autorin *"mit fem. G. Ihre Muschi Untermeier"* verabschiedet, läßt mehrere Deutungen zu: Soll (zumindest Männern) suggeriert werden, daß sie Feministin ist? Soll es Feministinnen provozieren? Ist ihr Beitrag Ausdruck eines neuen "Feminismus"? Gerade durch sein Erscheinen in einer gemischt-geschlechtlichen Zeitung ist dieser Artikel wegen seiner Oberflächlichkeit bezogen auf die Darstellung feministischer Politik gefährlich, denn er läßt sich hervorragend funktionalisieren: Warum soll mann sich in die mühsame Auseinandersetzung begeben, wenn linke frau doch auch nur penetriert werden will?

Über die Definitionsmacht des Mannes

Die *"Diktatur der freien Liebe"* stellt schließlich nur noch Männerpositionen *"über die freie Sexualität in einer Kommune"* dar. Der Kommentar der Arranca beschränkt sich darauf zu erwähnen, daß *"es schon lange Kritik an der Lebensweise der AAO-Kommunen gab"*, geht aber auf die in dem Interview von dem Typen geäußerten Positionen nicht weiter ein.

So kann der interviewte **Mann wieder definieren,** was frau gefällt oder nicht: *"Ich glaube, daß Sexualität für viele der Grund war dabeizusein; ich habe das allerdings von noch keiner Frau bisher so ausdrücklich gehört. Manche aus der Kommune behaupten heute, daß die polygame Sexualität in der Kommune den Frauen im Unterschied zu den Männern weniger oder gar nicht gefallen hätte. Ich glaube, daß ist nicht so einfach. Immerhin sind die Frauen im Durchschnitt länger in der Kommune geblieben als die Männer. Bei meiner ehemaligen Frau weiß ich, daß ihr die Sexualität in der Kommune weniger gefallen hat, aber ich glaube nicht, daß das für alle Frauen gilt."* Der **Mann glaubt** also, Frau hätte sehr wohl Spaß am polygamen Kommunesex gehabt. Da behauptet zwar eine (aber eben auch nur eine!) Frau das Gegenteil, aber **Mann glaubt**, dies sei nicht übertragbar - in seinem sexuellen Ego ist er unantastbar! Während die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Frau nicht (mehr) unantastbar ist!



Die Kritik an der sexuellen Ausbeutung von Frauen in den AAO-Kommunen zieht Mann sich ebenfalls nicht. Diese wird flugs auf den eh schon gesellschaftlich geächteten Otto Mühl bezogen; ansonsten war Mann der Dominanz der Frauen unterworfen: *"Natürlich stand Mühl als Oberguru darüber und hat Frauen chauvinistisch behandelt, aber insgesamt kann man nicht sagen, daß die gesamte Sexualität in der Kommune nur eine besonders fiese Art der Frauenausbeutung gewesen wäre. Ich hatte viel mit Frauen zu tun, die dominant waren und sehr viel zu sagen sagen hatten, und das finde ich eine wichtige Erfahrung für mein Leben."*

Ein solches Interview kann nicht ohne ein Wissen um die sexuellen Hierarchien und Gewalttätigkeiten, die in den AAO-Kommunen stattfanden, verbreitet werden! Abgesehen von den schon zitierten rückschrittlichen (um nicht reaktionär zu sagen) Äußerungen als solche muß der Hintergrund dargestellt werden. Hier zeigen sich wieder die Grenzen und Gefahren des Versuchs, Sexualität "positiv" darstellen zu wollen, und die Rahmenbedingungen, also Sexismen, zu ignorieren!

Wem nützt die "maskuline" Erotik?

Der Artikel *"Maskuline Erotik in den Neunzigern"* aus Susie Sexperts Lesbenwelten erfüllt gleich mehrere Funktionen: So kann er als "Feigenblatt" dienen, weil er von einer Lesbe geschrieben wurde.

Gleichzeitig stärkt er maskulinen Mackern den Rücken, denn schließlich fordert eine Lesbe auch von Heteromännern, sich wieder der *"maskulinen Schönheit und Romantik"* à la *"Schwarzenegger, Costner und Bond"* hinzuwenden. Jedem Möchtegern-Macho müßte der folgende Satz doch wie Body-Oil den Rücken runterlaufen: *"Die Schönheit und Kraft maskuliner Erotik ist erregend, egal wer sie verkörpert - ob eine attraktive Lesbe oder das neueste Macho-Filmidol."*

Mal abgesehen davon, daß wir nicht wissen, ob Susie Bright ihren Artikel bzw. ihr Buch überhaupt für Männer zugänglich machen wollte/will, hätte zumindest erwähnt werden müssen, daß ihre Position unter LesbenFrauen hart umstritten ist. Wir gehen hier inhaltlich nicht darauf ein, weil wir diese Diskussion nicht gemischtgeschlechtlich führen wollen!

Wenn dieser Beitrag nun im Zusammenhang mit den anderen erwähnten Artikeln in dieser Arranca-Ausgabe gesehen wird, dient er schlicht der Rechtfertigung männlicher reaktionärer Macho-Identität!

Was noch?

Nachfolgend erwähnen wir noch kurz die restlichen drei Artikel der Ausgabe zum Schwerpunkt Sexualität. Dies **nicht** wegen der Vollständigkeit eines evt. Verrisses - es ging uns darum, neben unserer scharfen Kritik an einzelnen Positionen etwas in diesem Heft zu finden, das in Richtung "positive" Annäherung an Sexualität gehen könnte.

Wenig Vorwärtsweisendes können wir in der *"Collage" "Sex im Altertum"* entdekken. Sie bleibt bei der Aufzählung historischer Mythen und Geschichten zum Thema Sexualität stehen. Dies mag zwar ganz nett zum Lesen sein, bringt uns aber genauso wenig einen neuen Ansatz wie der sich daran anschließende Artikel.

"Vom Platzen des Parisers im Kopf" handelt davon, daß für die meisten nur eine Penetration ohne Gummi lustvollen Sex darstellt. Diese Erkenntnis ist leider auch nicht neu.

Die Tatsache, daß *"körperliche Kommunikation"* existiert, ist wohl altbekannt. Daß die Kommunikation - auch der Linken - sich nahezu immer auf Diskussionen und Debatten, also auf sprachliche Kommunikation beschränkt, ist ebenfalls seit längerem als Problem erkannt. Die spannende Frage, wie dies zu knacken wäre, beantwortet der Artikel leider nicht, indem er *"das Wissen um diese Muster"* als Lösung anbietet.

Verkaufen oder ...

Wie eingangs erwähnt, fällt uns die Entscheidung darüber, eine Zeitung wegzuzensieren, nicht leicht. In unserer Diskussion haben wir festgestellt, daß wir aufgrund unterschiedlicher Erfahrung und Geschichte unterschiedliche Interpretationen der in der Arranca zusammengestellten Texte hatten und weiterhin haben. Einiges wurde schlicht überlesen - anderes wurde mangels Wissen als richtig hingenommen - verschiedene Sichtweisen sind geblieben.

Sehr lange haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, ob es richtig sei, <u>die Zeitung zu verkaufen, weil sie die Diskussion um Sexualität anregen könnte</u>. Die Richtung einer solchen Diskussion könnte sein, sich mit der eigenen Lust zu beschäftigen. Wir fanden es jedoch ausgesprochen problematisch, diese an eine gemischt-geschlechtliche Zeitung anzuknüpfen, in der es um das Lustempfinden von Frauen **und** Männern gehen sollte. Wir wollen uns nicht mit der Lust der Männer auseinandersetzen, sondern Sexualität für uns als Frauen neu füllen. Dafür finden wir das vorliegenden Schwerpunktheft der Arranca jedoch gänzlich ungeeignet.

Allein die Existenz des Heftes und der formulierte Anspruch, sich Sexualität "positiv" nähern zu wollen, kann letztendlich nicht die Grundlage für einen "positiven" Ansatz in der Diskussion um Sexualität liefern. Denn es geht um den



Inhalt, also die Artikel in der Arranca, deren Aufhänger vielfach - nach Darstellung der jeweiligen AutorInnen - "negative" Ansätze ("Dogmen") sind. Der eigene Anspruch bleibt so unerfüllt.

... nicht verkaufen?

Darüber hinaus stellt die Zeitung eine **Bedrohung feministischer Inhalte und Politik** dar: Zum einen wird durch das ganze Heft hindurch zwischen und in den Zeilen die Frauenbewegung diskreditiert und lächerlich gemacht. Zum anderen werden hier die uns zur Genüge bekannten sexistischen Versatzstücke wie Pornographie, männerdominierte Sexualität, Machismo, Definitionsmacht der Männer usw. in einem Heft zusammengestellt! So demonstriert die Arrranca (unbewußt und womöglich unbeabsichtigt?) anschaulich, wie weit der patriarchale rollback auch in der Linken schon vorangeschritten ist! Gerade **das Zusammenwirken** der vorliegenden Texte (und Bilder!) fördert die Akzeptanz dessen!

Gerade auch nach dieser Arranca-Ausgabe bleibt fragwürdig, ob über befreite Sexualität in einer unfreien Gesellschaft überhaupt diskutiert werden kann. Für viele gesellschaftliche Fragen, die politisch wesentlich einfacher zu beantworten scheinen, haben wir seit einiger Zeit die Schwierigkeit erkannt, hier und heute Utopien zu entwickeln. <u>Die Frage nach der Utopie einer sexuellen Befreiung und die Wege dahin kann nur im gesamten Kontext angegangen werden.</u>

Eine Alternative

Dennoch sehen wir auch die Notwendigkeit, eine Auseinandersetzung über Sexualität (wenn auch keiner befreiten, so evt. einer freieren) zu führen. Da wir die Arranca als Grundlage hierfür ablehnen, werden wir aus den uns bekannten vorhandenen Texten eine Zusammenstellung anfertigen und für FrauenLesben anbieten.

Uneinig waren wir in der Frage, ob wir diese Arranca-Nummer zumindest an Frauen verkaufen sollten. Dafür spräche für einige, daß den Frauen so die praktische Illustration des patriarchalen rollbacks geliefert würde. Andere waren dafür, um dadurch unsere Kritik nachvollziehbar und überprüfbar zu machen. Dagegen spricht die in der Zeitung verbreitete Verfälschung von feministischer Politik und Geschichte, die gerade für jüngere Frauen nicht unbedingt erkennbar ist. Um die Nachvollziehbarkeit unserer Kritik zu gewährleisten, werden wir ein Archivexemplar der Ausgabe unzensiert mit Fotos für Frauen **und** Männer zugänglich machen.

Hamburg, April 1996

FrauenLesbenTag im Infoladen Schwarzmarkt und
die Frauen aus der gemischten Ladengruppe des Schwarzmarkt

Zusammenfassung von Teresa L. Ebert, *Ludic Feminism, the Body, Performance, and Labor: Bringing* Materialism *Back into Feminist Cultural Studies*

Vorbemerkung: Mangels guter Englischkenntnisse können wir allen nur empfehlen, sich nicht auf diese Zusammenfassung zu verlassen, sondern den Text (auch) im Original zu lesen. Anm. d. Hg.

Ebert geht von der These aus, der gegenwärtige Feminismus habe sich von materialistischen Positionen und dem Ziel einer Transformation der dominanten gesellschaftlichen Institutionen verabschiedet. An dessen Stelle sei ein *ludic* (von [lat.] *ludus* = Spiel, Schauspiel, Schule, Kurzweil, Scherz, Spaß) Feminismus bzw. eine *ludic* Postmoderne getreten, die den Kampf für die Beendigung der durch *gender, race, class, sexuality* strukturierten Ausbeutung als Große Erzählung denunzierten. (5 f.). Macht erscheine dieser Richtung als lokal, unstabil und vom Zufall abhängig; ihr entspreche eine Pluralität des Widerstandes, die eine organisierte soziale und politische Revolution überflüssig mache (6 f.). Damit gehe eine Affirmation (Zustimmung) statt Erklärung der bestehenden sozialen Differenzen einher (7). Dies gelte bspw. für die für die *ludic* Richtung zentrale Kategorie des Vergnügens; alles habe darauf zu zielen, mehr Vergnügen zu bereiten. Dies sei aber allenfalls eine Perspektive für die mittleren und höheren Klassen, deren ökonomische Wünsche bereits befriedigt seien. (7 f.); bspw. das *Rodney King*-Urteil sei kein Ergebnis eines zufälligen Spiels der Macht, sondern Teil der systematischen Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Unterdrückung gegen *African Americans* in den USA (9). Ebert hält deshalb eine rigorose Kritik der fundamentalen Annahmen der *ludic* Richtung für notwendig und erstrebt das Wiedereinschreiben materialistischer Politik in die Postmoderne. Sie will eine widerständige Postmoderne artikulieren, die auf postmoderner feministischer *culture critique* beruhe (10); eine oppositionelle Position *in* der Postmoderne (12).

I

Dazu stelle sich als erstes die Frage nach der Notwendigkeit von Theorie (10). *Ludic* Postmoderne wie Judith Butler - selbst eine führende Theoretikerin - distanzierten sich mit der Pose von Ignoranz von Theorie: Butler schreibe, sie verstünde nicht, was Theorie sei, und sie sei kaum interessiert, diese zu verteidigen. Laut Ebert dürfe diese Distanzierung von Theorie aber nicht wörtlich genommen werden; vielmehr bedeute sie die Ersetzung einer Bedeutung von Theorie durch eine andere (nämlich Theorie als Spiel, als Affirmation statt als Erklärung). Zwischen diesen beiden Bedeutungen von Theorie bestehe aber nicht einfach eine freie Wahl, je nach persönlichem Geschmack (10 f.). Vielmehr beinhalte jede dieser beiden Alternativen ein bestimmtes Verständnis der sozialen Institutionen und politischen Arrangements. Deshalb müsse die jeweilige historische und politische Bedeutung der verschiedenen Theorie-Verständnisse genau untersucht werden:

Von vielen Feministinnen werde Theorie als männlich, abstrakt und phallogozentrisch (eine Wortverbindung aus *Phallus*, *Logos* und *zentriert*, Anm. d. Hg.) verstanden. Ihre instrumentelle Vernunft stände weiblicher Erfahrung entgegen (12). Ebert will demgegenüber Theorie verstehen als eine erklärende Kritik der Wege, auf denen Bedeutungen materiell geformt und soziale Realität in Beziehung zu verschiedenen Strategien der Macht konstruiert würden. Theorie legitimiere einige alltägliche Praxen als bedeutungsvoll, während sie andere für bedeutungslos erkläre. Praxis sei also in Theorie eingeschrieben; Theorie kein einfacher Kognitivmus (von Kognition = Erkenntnis, Anm. d. Hg.), sondern ein historischer Aspekt des sozialen Kampfes darum, wie wir Realität verstehen. Theorie sei also eine politische Praxis und nicht einfach eine metaphysische Abstraktion oder ein diskursives Spiel. Theorie sei deshalb der Erfahrung nicht entgegensetzt, sondern deren notwendige Ergänzung. Theorie ordne Erfahrungen historisch ein und zeige die sozialen Beziehungen auf, die diese Erfahrungen hervorgerufen haben. Dieses Verständnis bewahre uns davor, Erfahrungen zu essentialisieren (von Essenz = Wesen / Geist von etwas) und mache neue soziale Erfahrungen beim Transformieren der herrschenden sozialen Ordnung möglich (13 f.).

Für die *ludic* Postmoderne sei Realität eine Simulation; für Judith Butler *gender* eine *performance*. Für Butler und andere Autorinnen sei *gender* und *sexuality* ein Effekt der Zirkulation des Diskurses und nicht ein Teil des Arbeitens der sozialökonomischen Arrangements. Und *gender* werde von *sexuality*, die als *ludic* Exzess von *gender* betrachtet werde, als zentraler Kategorie abgelöst. Die regulativen Mechanismen






den schrauben-
wirft,




Berlins größte
linksradikale
Abo-Zeitung


INTERIM


INTERIM


lesen und
schreiben
lernen
mit der
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info


INTERIM
und so po



könnten deren Erachtens nicht durch kollektive soziale Praxis, sondern durch eine exzessive individuelle Performance, die die Regeln infragestelle, umgestürzt werden (14 f.).
Dabei betont Ebert allerdings, daß die postmoderne Problematisierung von bedeutungsproduzierenden Praxen (Diskurse, Performance etc.) notwendig ist für die Infragestellung (Denaturalisierung) herrschender Bedeutungen. Das Problem sei nur, daß die *ludic* Postmoderne die bedeutungsproduzierenden Praxen von den historischen speziellen sozialen Beziehungen, die jene produzierten, isoliert. Sie plädiere deshalb nicht für eine Rückkehr zur Essentialisierung von Identitäten, sondern für die Erkenntnis der Beziehung von Identitäten zum Arbeitsprozeß. Dies bedeute soziale Differenzen nicht bloß als diskursive, sondern als soziale und historische zu begreifen. Signifikanten (Zeichen) erhielten, so Ebert, ihre Bedeutung nicht, wie Saussure (der erste strukturalistische Linguist, Anm. d. Hg.) annahm, durch ihre formale Stellung im System der Zeichen, sondern vom sozialen Kampf über Bedeutungen. Das Zeichen selbst sei also, wie schon V.N. Volosinov in *Marxismus und Sprachphilosophie* (dt.: FfM/Berlin/Wien, 1975, Anm. d. Hg.) geschrieben habe, eine Arena des sozialen Kampfes, da es immer in den sozioökonomischen und Machtbeziehungen einer speziellen sozialen Formation situiert sei. Die Beziehung von Zeichen und Bezeichnetem sei also - anders als die *ludic* Postmoderne behaupte - kein frei floatierendes Spiel der Bedeutungsproduktion. Vielmehr sei jene Beziehung ein ideologischer Prozeß, in dem das Zeichen auf die historisch möglichen Bedeutungen bezogen werde. Ein Zeichen bekomme seine temporäre Verbindung mit einem Bezeichneten durch Kämpfe, in denen ideologische und soziale Widersprüche von Bedeutung seien (17)

II

Der Bezug der *ludic* Postmoderne auf das Lokale, Mikropolitische und Zufällige habe zu einem regelrechten *war on totality* (Krieg gegen Theorien des gesellschaftlichen Ganzen) geführt, so daß radikale Feministinnen, in einem Atemzug mit Lenin und Hitler, gleichgesetzt werden würden (18 f.). Die Kategorie Patriarchat - als Begriff für das auf den sozialen Geschlechtern beruhende Ausbeutungssystem - werde aufgegeben (19 f.). Die widerständige Postmoderne trete demgegenüber für eine Neukonzeptionierung (*retheorizing*) von Totalität ein und halte an "Patriarchat" als notwendigem Kampfbegriff fest. Totalität sei (und damit bezieht sie sich unausgesprochen auf Althussers Buch *Für Marx*, Anm. d. Hg.) nicht als ein organisches, homogenes, einheitliches Ganzes, als Hegelianische expressive Einheit, aufzufassen (expressive Einheit = Einheit, in der sich das Wesen des Ganzen in jedem seiner Teile ausdrückt, Anm. d. Hg.). Vielmehr sei sie in sich geteilte; eine überdeterminierte Struktur von Differenzen. Dies ermöglicht, das Patriarchat nicht als fix und stabil, sondern als historisch veränderlich zu analysieren (21): Das Patriarchat sei eine widersprüchliche Struktur, die die gleichen Effekte - Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen - auf historisch unterschiedliche Art und Weise hervorrufe. Das postmoderne oder spätkapitalistische Patriarchat in den USA müsse von dem des fundamentalistischen Iran und dem des feudalistischen Europa unterschieden werden. Die verschiedenen historischen Formationen des Patriarchats unterschieden sich also durch ihre jeweilige Verknüpfung mit Rasse, Klasse, Nationalismus, (Post)kolonialismus etc. (21 f.).
Im Gegensatz zur *ludic* Postmoderne, die den Totalitätsbegriff gänzlich verwerfe und sich deshalb auf Mikropolitik beschränke, müsse die widerständige Postmoderne auf der Grundlage eines differenzierten Totalitätsbegriffs sowohl auf der makropolitischen Ebene von Herrschaftsstrukturen als auch auf der Ebene der mikropolitischen Manifestationen von Unterdrückung intervenieren (22).

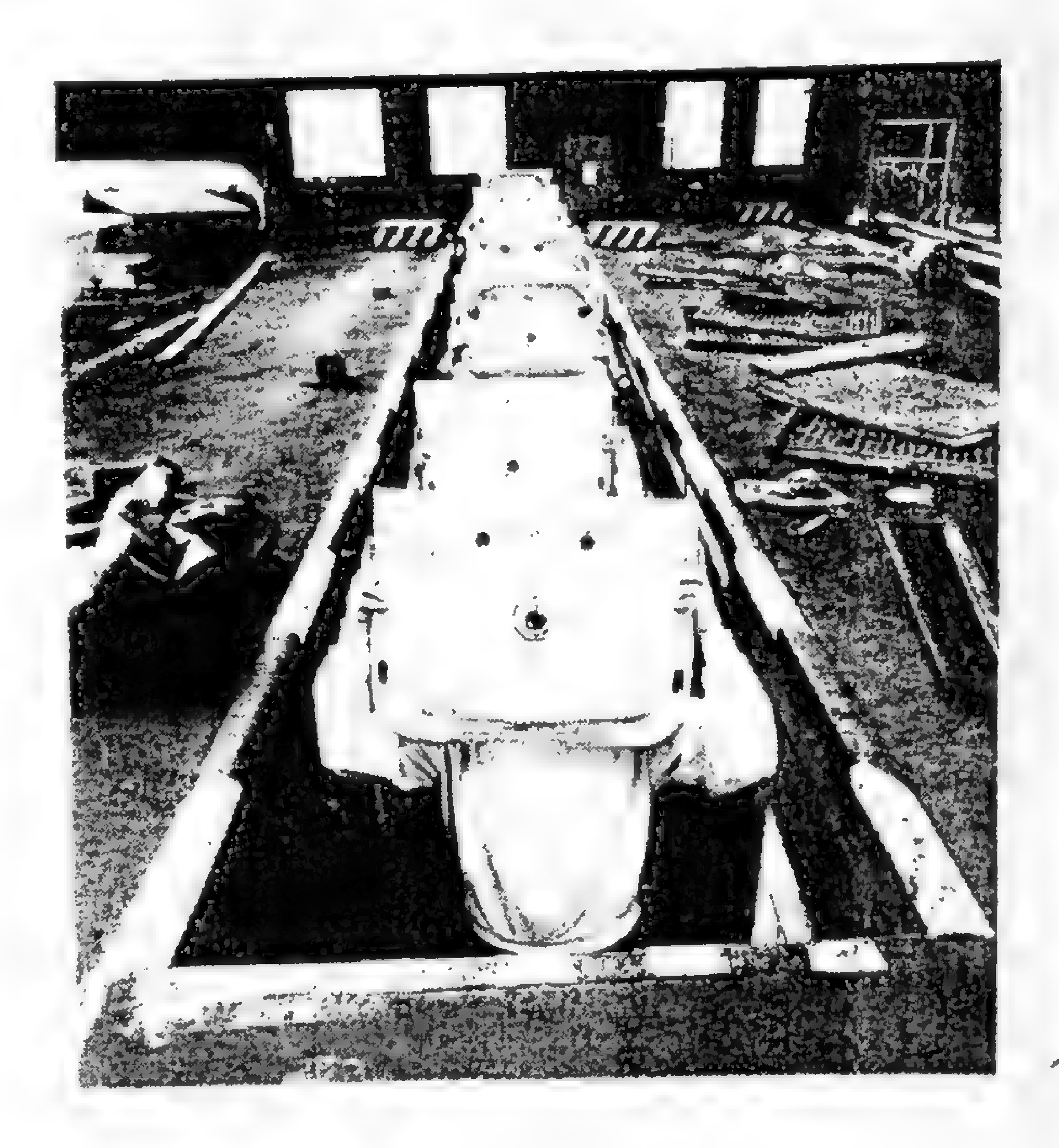
III

Abschließend will Ebert die Konsequenzen aus ihren bisherigen Ausführungen in Bezug auf die Thematisierung des Körpers in der *ludic* Postmoderne darstellen. Ihre Frage ist dabei, ob diese *ludic* Thematisierung patriarchales Wissen und patriarchale Praxen infragestelle und transformiere (23).
Bei den verschiedenen *ludic* Feminstinnen stehe der Körper für das konkrete, nicht-totalitäre, unentfremdete Wissen. Adrienne Rich bspw. behaupte, daß es der weibliche Körper sei, der es Frauen ermögliche *als Frauen* zu sprechen. Demgegenüber stehe die (männliche) Todeskultur der Quantifizierung und der Abstraktion (24). Diese Position - so Ebert - sei ein biologischer Essentialismus, der soziale Strukturen aus der Biologie, bspw. der Menstruation oder dem Penis, ableite. Der Phallus als Symbol für Macht sei aber ein Produkt von sozialen Kämpfen und Arbeitsbeziehungen; er sei nur zur Naturalisierung dieser sozialen Beziehungen auf den Penis bezogen worden.
Der hierarchische Dualismus von Geist - Körper, Abstrakt - Konkret, Mann - Frau werde von den *ludic* Feministinnen beibehalten - mit den Unterschied allerdings, daß sie den bisher diskreditierten Pol bevorzugen würden. So würden Frauen erneut auf jenen Ort festgelegt, den sie in der patriarchalen Hierarchie schon immer inne hatten - den des Unwissenden, Unrepräsentierbaren (Nichtdarstellbaren) im Gegensatz zu Begriffen und Theorien (25 - 31). Dies sei aber

ein ineffektiver Feminismus. Denn Theorie sei nicht an sich unterdrückerisch; dies hänge vielmehr von deren historisch spezifischer Konstruktion und Aneignung in Bezug auf soziale Kämpfe ab. Begriffe seien zwar benutzt worden, um die transhistorische 'Vernunft' von Herrschaft zu begründen. Dies dürfe aber nicht dazu führen, Begriffe generell zu verwerfen; vielmehr seien ihre historischen Grenzen aufzuzeigen (31 f.). Es sei gerade die Praxis der Herrschenden, den Unterdrückten den Zugang zu Bildung und Theorie, mit denen sie ihre Situation erfassen können, zu verwehren (33). Die Kategorie *gender* (soziales Geschlecht) sei bspw. ein Kampfbegriff, der soziale und historische Strukturen aufgedeckt habe, die zuvor als natürlich ausgegeben worden seien.
Judith Butler schließlich vermeide zwar in ihrem Buch *Gender Trouble* Essentialisierungen wie die vorstehend kritisierten, aber sie komme in ihren Analysen nicht über die Arena des Diskursiven und Rhetorischen hinaus (35). So erkläre sie die Zwangsheterosexualität zur Grundlage der Vergeschlechtlichung, könne aber nicht erklären, *warum* die Heterosexualität Zwang sei. Die materialistische Erklärung dafür sei die Situierung der Zwangsheterosexualität in den historischen Geschlechterbeziehungen. Die Zwangsheterosexualität sei das Mittel, mit dem das Patriarchat die geschlechtliche Arbeitsteilung und damit die Ausbeutung der Frauen naturalisiere. Butler und andere isolierten demgegenüber die Zwangsheterosexualität von sozioökonomischen Beziehungen und trennen *gender* und Sexualität von Arbeit. Damit ersetzten sie schließlich eine Transformation des sozialen Systems durch *ludic* Praktiken. (36 f.).
Butler habe zwar recht, wenn sie zeige, daß *gender* nicht natürlich fixiert sei; sie übersehe aber, daß es ein historischer und ideologischer Effekt des Ausbeutungsregimes, namentlich des Patriarchats, sei (38). Dieses könne aber nicht durch eine unendliche Serie von individuellen, parodistischen Handlungen ("performances") transformiert werden. Das *ludic* Verständnis von Macht - entwickelt im Namen des Konkreten, Lokalen und Spezifischen - erweise sich damit selbst als zu abstrakt, zu generalisierend. Denn es trenne Macht von den ökonomischen Realitäten des alltäglichen Lebens, insbesondere der Arbeit von Frauen (39).

IV

Gender und Sexualität seien also nicht einfach das Resultat diskursiver oder bedeutungsproduzierender Praxen, sondern der historische Effekt von Arbeitsteilung und unterschiedlichem Zugang zu den ökonomischen und sozialen Ressourcen. Arbeit sei in diesem Zusammenhang nicht nur Lohnarbeit, sondern auch nicht entlohnte Gebrauchswert-Produktion.[1] Die widerständige Postmoderne eröffne damit die Möglichkeit eines sozialen Kampfes gegen die ausbeuterische Arbeitsteilung und die ideologisch konstruierte Geschlechterteilung. (40 - 42).



1 Uns überrascht ziemlich, daß sich Ebert in dem Zusammenhang ausgerechnet auf den Bielefelder Ansatz ("German School") von Maria Mies u.a. bezieht (19 f., 41). Denn der Bielefelder Ansatz beruht ebenfalls - wie von Ebert am *ludic feminism* kritisiert - auf einer (mit der weiblichen Gebährfähigkeit begründeten) biologischen Essentialisierung des unterschiedlichen 'Naturzugriffs' von Männern und Frauen (s. dazu: Claudia von Werlhof u.a., *Frauen, die letzte Kolonie*, Reinbek bei Hamburg, 1988, 169 - Hervoh. i.O.: "In der historischen Aneignung des eigenen Körpers hat der Geschlechterunterschied zwischen Frauen und Männern weitreichende Konsequenzen gehabt. (...) festzuhalten ist, daß Frauen ihren *ganzen* Körper als produktiv erfahren können, nicht nur ihre Hände oder ihren Kopf. Aus ihrem Körper produzieren sie neue Menschen und die erste Nahrung für die Menschen.")

Antifaschistische Informationen

ab 9.Mai:

Neonazi-Funktionär Lauck vor Gericht

antifaschistische Demonstration zum Prozeßauftakt

Am 9. Mai beginnt vor dem Hamburger Oberlandesgericht der Prozeß gegen den US-Amerikanischen Neonazi Gary Lauck. Lauck ist offizieller Führer der NSDAP/AO, und war zuletzt in erster Linie für den Postvertrieb im Netz dieser in Deutschland illegalen Partei zuständig. Von den USA aus war er verantwortlich für die Verschickung von Nazi-Propagandamaterial weltweit, sowie Herausgeber der NSDAP/AO Zeitschrift "NS Kampfruf".
Die Ermittlungen gegen Lauck in Deutschland liefen seit nunmehr 10 Jahren, ohne das er jemals rechtskräftig verurteilt wurde. Das dies nun ausgerechnet jetzt nachgeholt werden soll erscheint auf den ersten Blick verwunderlich. Nicht allein die Auslieferung Laucks von Dänemark nach Deutschland, macht es den Behörden nun möglich, öffentlichkeitswirksam einen Prozeß zu führen. Der Zeitpunkt Lauck exemplarisch abzuurteilen, scheint günstig:
Trotz der Verbote gegen eine Reihe militanter Nazi-Parteien ist nicht viel von einer Abnahme des rechten Terrors zu sehen. Ein solcher Prozeß bietet die Möglichkeit ein konsequentes Vorgehen gegen Nazis vorzugaukeln, während kategorisch staatlicherseits weiterhin eine NSDAP/AO Zellenstruktur in Deutschland geleugnet wird. Die NSDAP/AO wird als ein Personen Propaganda-Verteiler ohne jeglichen Hintergrund dargestellt.
Das Mißtrauen von AntifaschistInnen zum Umgang der deutschen Justiz mit Nazis läßt sich am Beispiel Lauck anschaulich verdeutlichen:
Nachdem es die NSDAO/AO geschafft hat, ihren Propagandaverteiler nun auch unabhängig von Lauck aus dem benachbarten Ausland heraus zu organisieren, hat eine Verurteilung zwar einen medienträchtigen Charakter, ändert aber nichts am Vertrieb der Nazi-Propaganda. Es besteht seit fast 20 Jahren kein politischer Wille, dies wirkungsvoll zu unterbinden, warum sollte es jetzt anders sein?
Seit 1973 existiert die Zellenorganisation NSDAP/AO in Deutschland. Mehrfach gab es Hausdurchsuchungen bei Nazis, bei denen dies bestätigt wurde. Dennoch wird vehement die Existenz einer solchen Struktur geleugnet. Ihre Mitglieder, werden als Einzeltäter dargestellt.
Die Entscheidungsträger des NSDAP/AO Netzwerkes sitzen in Deutschland selbst und sind Nazikader mit jahrelanger politischer Karriere. Nazi-Persönlichkeiten wie z.B. der Hamburger Christian Worch sind für Aktivitäten der NSDAP/AO weit wichtiger als Lauck.
Als AntifaschistInnen halten wir es für wichtig einen zu erwartenden Naziauflauf während des Prozesses entgegenzutreten. Nazifunktionäre rufen ihre Anhänger zur Zeit dazu auf, den Prozeß zu besuchen um eine rechte Öffentlichkeit herzustellen. Wir wollen nicht hinnehmen, daß dieser Prozeß zum Stelldichein der organisierten Neonazis wird, und befürchten eine an der Einzeltäterthese ausgerichtete Prozeßführung.

Deshalb planen wir für den ersten Prozeßtag eine Demonstration und eine Kundgebung und werden anschließend gemeinsam die antifaschistische Gegenöffentlichkeit im Prozeßsaal herstellen.

Demo und Kundgebung zur Prozeßeröffnung
Do. 9. Mai 8 Uhr
Treffpunkt: U-Bahn Feldstr.



Werdet aktiv gegen Neonazis!
besucht organisiert und in Gruppen den Prozeß!
Schafft die antifaschistische Gegenöffentlichkeit!
gegen Nationalismus, Sexismus und Kapitalismus!

Smash Fascism, Lauck to hell!

Aufruf zur Demonstration am 26. Mai 96 gegen den Abschiebeknast Büren

Oktober 1992: Im wiedervereinigten Deutschland werden die ersten Abschiebeknäste eröffnet. Seither sind sie fester Bestandteil der staatlichen Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge und letztes Glied in der Kette rassistischer Sonderbehandlung von Flüchtlingen, die von Zwangsunterbringung in Sammellagern bis zu massenhaften Abschiebungen reicht. NRW übernimmt von Anfang an eine Führungsrolle: Hier werden nicht nur die meisten Abschiebeknäste, sondern auch das größte Abschiebegefängnis eingerichtet. Im Bürener Abschiebeknast, versteckt im Wald und gesichert durch eine fünfeinhalb Meter hohe Betonmauer, können bis zu 600 Abschiebehäftlinge eingesperrt werden; mal für ein paar Tage, mal über ein Jahr lang, der Willkür von Ausländerbehörden und Knastpersonal ausgeliefert, vor Augen die Abschiebung in ein Land, dessen Folterkeller oder Schützengräben, Hunger, politischer und/oder rassistischer Verfolgung sie mit Mühe und Not entkommen sind.



26. Mai 1993: Der deutsche Bundestag schafft das Grundrecht auf Asyl ab. Diese Entscheidung stellt den politischen Höhepunkt in einer seit Jahren inszenierten rassistischen Diskussion um 'Asylantenflut', 'Überfremdung' und 'die Gefährdung Deutscher Kultur und Arbeitsplätze/Wohnungen' dar. Auf dem Boden dieser Diskussion gedeihen nicht nur die mörderischen Brandanschläge und Übergriffe gegen Flüchtlinge und andere ImmigrantInnen sondern ebenso die konsequente staatlich betriebene Ausgrenzung und Einsperrung von Flüchtlingen. Über 20 Selbstmorde, ungezählte Selbstmordversuche und Selbstverstümmelungen in Abschiebeknästen, der Mord an Kola Bankole durch den Bundesgrenzschutz und die zunehmende Zahl der Menschen, die an den Außenfesten des deutschen Staates ums Leben kommen, sind unmittelbare Folge dieser Politik.

Frühjahr 1996: Sammellager und Abschiebeknäste sind feste Bestandteile dieser Gesellschaft geworden wie Arbeitslosigkeit, Fitness-Studios und Chip-Karten. Es gibt keinen relevanten Widerstand von Seiten der deutschen Bevölkerung gegen die rassistischen Sondereinrichtungen für Flüchtlinge. Im Gegensatz dazu hat es in den Abschiebeknästen immer wieder Widerstandsaktionen gegeben. Von Selbstverstümmelungen und Zellenzerstörungen über Hungerstreiks bis zu Dachbesetzungen (Leverkusen), Geiselnahmen (Kassel) und Aufstands- und Ausbruchsaktionen (Büren, Hamburg, Berlin) reichen die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und sie zu ändern.

Auch für die Grünen in NRW ist die Abschaffung der Sonderknäste kein ernsthaftes Thema — schließlich wollen sie ihre Teilhabe an der Macht nicht gefährden. Zwar fordern sie in ihrem Wahlprogramm, die Abschiebeknäste zu schließen. Tatsächlich jedoch wird derzeit unter ihrer Mitverantwortung Büren zu *dem* zentralen Männerabschiebeknast ausgebaut; während demnächst alle weibliche Abschiebegefangenene in der JVA Gütersloh, die mehr Plätze besitzt als der bisherige Frauenabschiebeknast Neuss, eingesperrt werden sollen.

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren am dritten Jahrestag der Verabschiedung des 'Asyl-Kompromisses'.

— Gegen den größten Abschiebeknast der BRD, stellvertretend für alle Abschiebeknäste in diesem Deutsch-Land.
— Zum Zeichen unseres Widerstandes gegen eine rassistische Flüchtlingspolitik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und Einsperrung von Menschen ist.
— Um die Flüchtlinge in ihrem Widerstand zu unterstützen und zu ermutigen.

Demobeginn: Pfingst-Sonntag, 26. Mai 1996, 12 Uhr am Abschiebeknast Büren

Keine Abschiebungen — Weg mit den Abschiebeknästen! Weg mit den rassistischen Sondergesetzen! Grenzen auf!

Am Tag vor der Demonstration findet im nahegelegeuen Paderborn eine Diskussions-Tagung statt, die in drei Foren einen Blick auf die deutsche Gesellschaft werfen soll und auf die Mechanismen des gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus hierzulande. Im Anschluß daran findet ein Solikonzert statt.

Veranstaltung "Grenzziehungen": Samstag, 25. Mai 1996, 10 Uhr, Uni/GH Paderborn

Schlafplätze in Paderborn und der Bustransfer zur Demo werden organisiert. Kosten für Übernachtung, Essen, Konzert und Fahrt nach Büren ab 35 DM. Anmeldung und Infos: Cordula, Projektbereich Eine Welt, c/o ASTA der Uni/GH, Warburger Str. 100, 33098 Paderborn, Tel.: 05251 603174.
Infos zur Demo: BDP-Infoladen, Borchener Str. 12, 33093 Paderborn, Tel.: 05251 730337.
Aufrufe, Plakate und Veranstaltungsprogramme: Infoladen ANSCHLAG, Heeper Str. 32, 33607 Bielefeld.

Diesen Aufruf unterstützen:

AK Antirassismus Hannover, ARGiB Bonn, Aktion Symbolisches Asyl Bielefeld, Antifa Kleine Strolche Bochum, Antirassismusgruppe Würzburg, Antirassismusplenum Göttingen, Bündnis gegen Abschiebung Stuttgart, FFM Berlin, Flüchtlingsplenum Aachen, Frauengruppe gegen Rassismus Hamburg, Gesellschaft für bedrohte Völker (Reginalgruppe Bochum), Glasmoor-Gruppe im Flüchtlingsrat Hamburg, IGA/Dritte-Welt-Haus Frankfurt, Initiative Pro Roma Hagen, Komitee gegen die Bezirkssammelstelle Reutligen/Tübingen, Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum, Sammellagerplenum Köln

UnterstützerInnen für den Aufruf und/oder Demonstration und Veranstaltung melden sich bitte bis zum 6.4.96 beim Infoladen ANSCHLAG, Heeper Str. 32, 33607 Bielefeld.

Neonazi-Aufmarsch in Saarlouis am 23.März 1996

Am frühen Samstagabend zogen ca.70-100 Neonazi-Skinheads durch die Saarlouiser Innenstadt begleitet und geschützt von der Polizei, die die GegendemonstrantInnen immer wieder brutal abdrängte.
Die Skinheads agierten geschickt, indem sie die Demonstration unter dem Motto „Gegen Gewalt -für mehr Akzeptanz jugendlicher Subkulturen" anmeldeten, und so genehmigt bekamen. Es ist unklar, woher die Idee für die Demonstration kam. Vermutlich stehen „ehemalige" FAPler dahinter, evtl. waren aber auch die Sozialarbeiter des städtischen Juz, wo überwiegend Nazi-Skins verkehren, daran beteiligt. Anlaß für diesen Aufmarsch war nach Darstellung der Skinheads, eine Schlägerei zwischen Sinti und Roma und Skins in der Saarlouiser Kneipe\Disco „Yesterday" nach der einer Nazi-Skins für einige Zeit ins Krankenhaus mußte.
Saarlouis ist seit längerem als faschistische Hochburg im Saarland bekannt, was sich auch in den Wahlerfolgen von Republikaneren und DVU zeigt. Die Nazi-Skinheadszene, die von der FAP (die mittlerweile verboten ist) bestimmt wird, gehört zum Stadtbild und bedroht immer wieder Menschen, die nicht in ihr rechtes Bild passen. Die Übergriffe gehen bei Schlägerreien los und kennen keine Grenzen. So gab es in den letzten Jahren mehrere Brand- und versuchte Bombenanschläge, bei denen im September 1991 Samuel Yeboah ermordet wurde. Im September 1994 wurde eine FAP-Demo verboten, damals hatten sich noch ca.200 Menschen zu einer Gegendemonstration eingefunden
Dieses Mal erfuhren wir nur einen Tag zuvor aus der rechtskonservativen „Saarbrücker Zeitung" von einer „Skinheaddemo gegen Gewalt". Das Motto verunsicherte selbst über die Saarlouiser Faschoszene informierte Antifas. Einmal ist uns fast nichts von öffentlichen Veranstaltungen der saarländischen Nazi-Skinheadszene bekannt, zum anderen gab es seit langem keine Nazi-Demo im Saarland, so war es vielen nicht klar, ob es nicht nur eine Antigewaltdemo wird.
Im Vorfeld der Demo wurden frankfurter Autos mit Skins gesehen und Skinheads beobachtet, die sich in der Nähe von Neunkirchen, ca. 30km weit weg von Saarlouis trafen. Als der Aufmarsch am Großen Marktplatz auftauchte, stellten sich für eine kurze Zeit überraschend viele Menschen den Nazi-Skins entgegen. Die Einschätzung wieviel GegendemonstrantInnen da waren, geht weit auseinander, von 70-140 GegendemonstrantInnen bis zu 30-40 Antifas plus 70 Leute, bei denen nicht klar war, ob sie durch ihre Anwesenheit protestierten oder nur Schaulustige waren. Jedenfalls wurden den Nazis lautstarke Parolen, Transparente und Leuchtspur entgegengebracht. Vereinzelt flogen Flaschen, Steine und Currywurst in deren Richtung. Die 70-100 Skinheads waren mit Reichs-, Deutschlandfahnen und zwei Transparenten „Stoppt den Terror gegen Deutsche", „Wo sind eure Lichterketten?" aufmarschiert und wurden begleitet von Trommelschlägen, sowie ihren Freunden und Helfern in Grün, die die GegendemonstrantInnen nicht näher als 15-25m an die Nazi-Skins rankommen ließen. Deshalb löste die Gegendemo sich kurzerhand auf, um an anderer Stelle zu versuchen, die Demo der Skins zu verhindern. Während auch hier die Bullen die Antifas zurückdrängten, wurde von den Nazis „Wir kriegen euch alle!" und „Hoch die nationale Solidarität!" skandiert. Wieder löste sich die Gegendemo auf und traf an einem anderen Punkt zusammen um möglichst nahe bei der Nazidemo zu bleiben. Die Bullen stießen die Leute in Hecken, über Steine und drängten mittels Knüppel die GegendemonstrantInnen immer wieder ab. Als die Nazis vor dem „Yesterday" ihre Kundgebung abhielten und „Deutschland über alles..." sangen, wurde ein Antifaschist von mehreren Polizisten brutal festgenommen und in Handschellen abgeführt. Die Fascho-Skinheads wurden unter Polizeischutz zurück zum Bahnhof und zu ihren Autos geleitet.
Die Antifademo zog dann zur Polizeiwache, um die Freilassung des Antifas zu fordern. Menschen, die in die Wache gingen, um sich nach dem Gefangenen zu erkundigen, wurden mit massiver Gewalt herausbefördert. Nach zwei Stunden wurde der Antifaschist dann entlassen und bekam zuvor noch mitgeteilt, daß er mit einem Strafverfahren wegen „versuchter

Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und irgendwas wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" rechnen muß (wobei nicht klar wurde auf was sich diese Punkte beziehen). Erst später wurden zwei weitere Festnahmen bekannt, über die wir sonst aber nichts näheres erfahren konnten.
Der 23.März 1996 ist für die Faschisten zu einem Erfolgstag geworden, denn sie haben es seit langer Zeit nochmal geschafft im Saarland eine Nazi-Demonstration durchzuführen. Hofiert wurden sie von der Monopoltageszeitung (Saarbrücker Zeitung,SZ), die noch einen Tag vorher Werbung für die Skinheaddemo machte[1]. Die Zeitung, die schon 1935 Propaganda für den Anschluß des Saarlandes an Nazi-Deutschland machte[2], verbreitet weiterhin rassistische Propaganda und zeigt Verständnis für Angriffe gegen Nichtdeutsche und ebnet den Faschisten weiterhin den Weg[3]. Während sich die vielen umherstehenden Menschen bei der Demo mit eigenen Augen davon überzeugen konnten, wo die deutsche Polizei steht - an der Seite der Faschisten. Die Gegenaktionen hatten ihr Ziel, die Faschodemo zu verhindern, nicht erreichen können. Einerseits haben sich relativ viele Menschen dort getroffen, um gegen die Nazis zu protestieren, wobei wir die kurze Vorbereitungszeit für die Gegenaktion berücksichtigen müssen. Andererseits war der Widerstand gering, wenn die Polizei den Nazis den Weg freimachte. Die Gründe hierfür sind sicher auch in der geringen antifaschistischen Organisierung im Saarland zu suchen. Erfahrungen in antifaschistischer Praxis sind somit auch eher gering. Wir müssen weiter antifaschistische Arbeit und Aufklärung leisten. Laßt keine Faschisten mehr durchkommen. NO PASARAN!!!

GREIFT EIN, ORGANISIERT EUCH UND WEHRT EUCH GEGEN FASCHISTISCHEN STRASSENTERROR UND STAATLICH ABGESEGNETEN RASSISMUS !!!

Kein Fußbreit den Faschisten!
autonome antifa saarbrücken im April 1996

---

pfingsten schon was sinnvolles vor? nein? dann aufgepaßt!

KZ-RAVENSBRÜCK

pfingstantifaworkcamp vom 24. - 27. Mai im ehemaligen frauen kz - ravensbrück

spontane sachen die notwendig erscheinen sind natürlich nicht ausgeschlossen. also laßt uns gemeinsam der gedenkstätte helfen und viel fun gemeinsam haben.

Infos zu den 3 Tagen:

- ***diskussionsrunden mit ehemaligen Häftlingen des kz's***
- ***dok - film zu kz - ravensbrück***
- ***führung durch die Gedenkstätte,***
- ***'ne menge arbeit und alles, worauf ihr lust habt.***

leider steht nur eine begrenzte anzahl von 50 plätzen zu verfügung, also meldet euch rechtzeitig an, denn wer zuerst kommt, kriegt die meisten römer.

kontakt-adresse
R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N
Bund der Antifaschisten
Franz - Mehring - Platz 1
10234 Berlin



Hallo,

Saarbrücken, den 22.4.96

Am 13.4.96 sollte in Bad Dürkheim eine Demonstration und Blockade zur Verhinderung des geplanten „Runden Tisches" der Rechten stattfinden. Wir, das sind einige AntifaschistInnen aus Saarbrücken und Saarlouis, erhielten zwei verschiedene Aufrufe, einer war mit ViSdP...., Ludwigshafen, der andere mit Kontaktadresse der Autonomen Antifa Heidelberg gekennzeichnet. Treffpunkt sollte laut Flugis 17Uhr am Landhaus Almensee, wo das Fascho-Treffen sein sollte, sein. Über die Heidelberger Adresse versuchten wir vergeblich genauere Informationen zu der geplanten antifaschistischen Aktion zu bekommen. Wir fuhren trotzdem hin und trafen dort kurz vor 17Uhr auf drei Jugendliche aus der Umgebung, die ebenfalls aufgrund der Aufrufe gekommen waren. Kaum waren wir angekommen, wurden wir von der Bullerei durchsucht und notiert. Das Ganze war ca.400m in Sichtweite der Gaststätte „Landhaus Almensee". Die drei örtlichen Antifas informierten uns, daß 2 oder 3 Tage vorher laut regionale Tageszeitung zwei Mollis, die aber nicht zündeten, in die Gaststätte geflogen sein und das Faschotreffen abgesagt worden sei. Sie wußten sebst nicht, ob die Demo trotzdem stattfindet oder nicht. Diese Frage erübrigte sich bald, da außer zwei weiteren Autos mit Antifas, wir waren dann ca.20 Leute, nur noch Bullen auftauchten, die uns ständig belästigten.
Eine andere Frage konnten wir uns bis heute nicht beantworten:
Hat das Faschotreffen doch stattgefunden oder nicht? Es fuhren jedenfalls mehrere Autos zu dem Landhaus, von denen einige mit Faschoaufklebern „geschmückt" waren. Das Polizeiaufgebot war für so wenig DemonstrantInnen eher groß. Wir sahen mindestens 11 verschiedene Bullenwagen aus unterschiedlichen Städten; drei normale Polizeiautos, vier Bullenwagen mit Hunden drin, drei Kleinbusse und einen Zivibullenwagen, der uns fotografierte. Über Umwege durch die Weinfelder kamen wir bis zu 100m ans Landhaus heran, konnten dort Leute aus den Fenstern glotzen sehen, bevor wir Platzverweise erteilt bekamen. Bevor wir wieder zurückfuhren, hielten wir uns noch einige Zeit in Bad Dürkheim auf und wurden dort ständig von Bullen beobachtet.
Warum war keineR von den Leuten vor Ort, die die Aufrufe verbreitet haben? Anscheinend hatten sie sich entschlossen die Demonsrtation bzw. Blockade nicht durchzuführen. Wenn das Faschotreffen wirklich abgesagt oder in einen anderen Ort verlegt worden war, kann es schon richtig gewesen sein, die Demonstration abzusagen. Wenn offen und breit mobilisiert wird (u.a. gab es auch einen Artikel\Aufruf in der „jungen Welt" vom13.4.96), ist es wohl kaum möglich, alle Leute im Vorfeld über die Absage zu informieren (, falls es überhaupt probiert wurde). Wir finden es daher verantwortungslos von den Aufrufern nicht vor Ort zu sein und die Menschen, die dort hinkommen zu informieren bzw. wieder wegzuschicken. Brisanter wird das Ganze noch, weil direkt zum Faschotreff hin mobilisiert wurde. So hätten wir außer von der Polizei auch von Faschos angegriffen werden können.
Außerdem ist das Verhalten der Aufrufer auch schädlich für weitere antifaschistische Aktionen, denn die Menschen, die dann dort allein herumstehen, werden sich gut überlegen, ob sie noch mal einem ähnlichen Demoaufruf folgen.
Wir wollen mit diesem Brief über das Geschehen in Bad Dürkheim informieren, unsere Kritik am Verhalten der Aufrufer rüberbringen und hoffen hiermit, weitere Informationen über das Faschotreffen und das Landhaus Almensee zu bekommen.

Hoch die antifaschistische Solidarität!

AntifaschistInnen aus Saarlouis und Saarbrücken

Kontakt über: Infoladen c\o Verein für kommunikatives Wohnen und Leben Stichwort: Landhaus Postfach 103207 66032 Saarbrücken

§ 129a-Verfahren in Stammheim gegen vier kurdische Angeklagte

Keine konkreten Vorwürfe, nur die Gesinnung ist angeklagt

Der 1. Verhandlungstag

Eigentlich war vor Prozeßbeginn eine Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt Stammheim geplant. Aber obwohl in einem vorab stattgefundenen Gespräch zwischen Ordnungsamt, Polizei und der Anmelderin der Kundgebung von polizeilicher Seite betont wurde, keine Eskalation voranzutreiben, war das Bild am Morgen des ersten Verhandlungstages in Stammheim und Umgebung von zahlreichen Straßensperren bzw. Polizeikontrollen gekennzeichnet. So wurden die Ankommenden aus einem Polizeiwagen heraus gefilmt, ihre Ausweise kopiert und sie selber zum Teil wieder nach Hause geschickt... Das Vorgehen der Polizei muß als gezielte Einschüchterung vor dem Hintergrund der vorbereiteten Abschiebebestimmungen gesehen werden. Dementsprechend zogen es viele kurdische Menschen aus Angst vor weiteren Repressalien vor, sich aus der „Gefahrenzone" zu entfernen. Aus diesem Grund wurde keine Kundgebung durchgeführt.

Nachdem dann die in Stammheim üblichen degradierenden Einlaßkontrollen beendet waren, begann der Prozeß mit einstündiger Verspätung. Neben dem fünfköpfigen Gericht, den zwei Ersatzrichtern, den zwei Staatsanwälten und den fünf staatlich eingesetzten Dolmetschern waren acht VerteidigerInnen (jeweils zwei pro Angeklagtem), deren vier Vertrauensdolmetscher und etwa hundert BesucherInnen im Gerichtssaal.

Als der erste Angeklagte Mehmet Sirin Üner in Handschellen hereingeführt wurde, wurde er minutenlang mit Händeklatschen und Parolen begrüßt. Der am 5. Strafsenat am Oberlandesgericht neu eingesetzte Richter Steinbach (ehemals Amtsrichter in Tübingen) ließ es sich nicht nehmen, eine von ihm angedrohte Saalräumung bei Wiederholung der Begrüßungszeremonie ins Protokoll aufnehmen zu lassen. Allerdings ließen sich die anwesenden BesucherInnen dadurch nicht beeindrucken. Jeder weitere hereingeführte Gefangene (Mehmet Nuri Akdeniz, Mehmet Karayilan und Zülfiye Sanli) wurde lautstark und solidarisch begrüßt. Schließlich kapitulierte der Senat. Die angedrohte Saalräumung blieb aus.

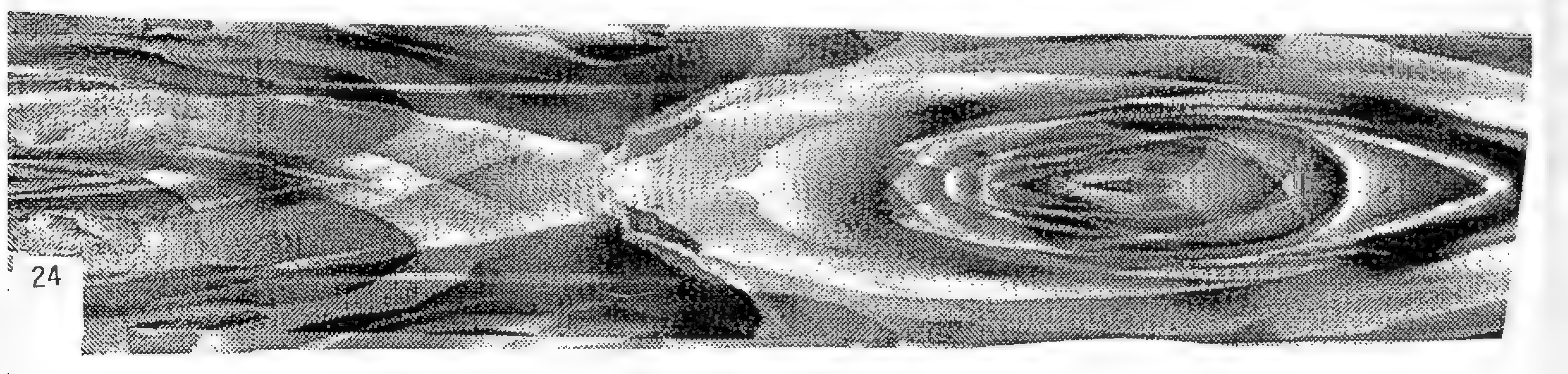
Nun sollten die Personalien der Angeklagten festgestellt werden. Mit dem Hinweis, daß das Gericht sehr wohl wisse, wen es seit über einem Jahr gefangenhält, verweigerten die Gefangenen trotz angedrohter Ordnungsstrafe die Auskunft. Statt dessen betonten sie, daß es ihnen trotz wiederholter Anträge nicht gestattet worden sei, den Prozeß gemeinsam vorzubereiten; insofern seien sie dem Gericht keine Auskunft schuldig.

Der nächste Streitpunkt: die Anwesenheit des Gerichtsdolmetschers Cahit Aksan, dem die Angeklagten enge Beziehungen zum türkischen Generalkonsulat und türkischen Geheimdienst vorwarfen. Der von den Anwälten eingebrachte Entlassungsantrag wurde später vom Senat wegen angeblich „mangelnder Beweise" abgelehnt.

Nach langer Debatte wurde schließlich der Bundesanwaltschaft das Wort erteilt. Es begann das seitenlange Vorlesen der Anklageschrift, welche einen Wirrwarr verschiedener Führungsebenen innerhalb der PKK konstruiert, die weder voneinander abgegrenzt seien noch deren Aufgaben darin klar ersichtlich werden könnten. Anscheinend gäbe es fünf Regions- und 17 Gebietsverantwortliche, die als professionelle Kader der PKK Decknamen trügen, ständig den Aufenthalt wechselten und insgesamt hochkonspirativ arbeiten würden. Die BRD sei wichtigster Stützpunkt der PKK in Europa; von hier aus würden die europäischen Führungsstrukturen der PKK aktionistische Aktivitäten planen, so z.B. zeitlich koordinierte Brandanschläge, Autobahnblockaden, Bestrafungsaktionen gegen Abtrünnige usw. Die hier Angeklagten sollen für die Gebiete Ulm, Stuttgart, München und Karlsruhe zuständig gewesen sein. Allerdings kann keinem von ihnen eine irgendwie konkrete Straftat nachgewiesen werden. Doch das kümmert die Bundesanwaltschaft bekanntlich wenig.

In der Mittagspause wurde dann vom „Komitee zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen" zu einer Pressekonferenz eingeladen. Dort erklärte der Bruder eines Angeklagten, daß der Vorwurf einzig sei, daß er sich für sein Volk eingesetzt habe. „Wenn er deswegen als Terrorist verurteilt werden wird, dann sind wir alle Terroristen!" Zuvor hatten Vertreter des Komitees und Rechtsanwalt Heiming noch mal klargestellt, daß das Ziel des Prozesses als „versuchte Verschleierung der deutschen Beteiligung am Krieg gegen das kurdische Volk" zu betrachten ist. Ausdrücklich wurde von ihnen erneut auf den von der PKK einseitig ausgerufenen Waffenstillstand im Dezember 1995 hingewiesen. Die Pressekonferenz war sehr gut besucht, auch wenn sich das am nächsten Tag in der Berichterstattung der bürgerlichen Medien nicht niederschlug.

Der Nachmittag begann mit dem von RA Stengert eingebrachten Einstellungsantrag des Verfahrens. Inhaltlich bezog er sich auf die faktische Vorverurteilung ihrer Mandanten durch die Medien. So sei der Hintergrund des Verfahrens eine „systematische Presse- und Öffentlichkeitskampagne der Bundes- und Länderregierungen gegen KurdInnen". Des weiteren wurden einzelne Auszüge aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" vorgetragen, die wortwörtliche Zitate aus Ermittlungsakten wiedergeben. Solange die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, verstoßen diese Veröffentlichungen gröbstens gegen die Strafprozeßordnung. An anderer Stelle verurteilte RA Stengert die umstrittene Kronzeugenregelung, durch die nur derjenige begünstigt wird, der andere schwer belastet.



Der 2. Verhandlungstag

Er begann damit, daß der Richter den von RA Stengert gestellten Antrag auf Verfahrenseinstellung zurückwies. Begründet wurde es damit, daß ein Verfahrenshindernis nur dann vorläge, wenn durch die Veröffentlichungen eine Beeinflussung der Zeugen zu erwarten gewesen wäre. Und dies sei hier schließlich nicht der Fall.

Daran anschließend stellte RA Heimig einen Antrag, das Filmen von Prozeßbesuchern zu unterbinden, da es sich um „eine unzulässige Einschüchterung und Behinderung der Öffentlichkeit" handele. Der Richter gab an, das Problem in der Mittagspause mit dem Einsatzleiter zu erörtern.

Nach der Mittagspause setzte sich der Prozeß mit den üblichen Auseinandersetzungen wegen der Dolmetscher fort. Dabei wurde das Gericht als „Kriegsgericht" bezeichnet, was den Vorsitzenden Richter zutiefst beleidigte. Daraufhin stellten die Anwälte klar, daß es verfehlt sei, wenn der Richter es persönlich nähme, sondern daß es darum gehe, daß die BRD Kriegspartei sei und die Angeklagten sich als Kriegsgefangene verstehen.

Es ging weiter mit dem nächsten Antrag auf Einstellung des Verfahrens aufgrund des Vorliegens eines Verfahrenshindernisses. RA Kronauer arbeitete in seinem Antrag sehr genau die Unstimmigkeiten in der Anklageschrift heraus. Zum einen betonte er nochmals, daß die PKK als Auslandsorganisation in der BRD juristisch nicht zu verurteilen sei. Zum anderen sei selbst die Existenz dieser angeblichen Teilorganisation innerhalb der PKK sehr fragwürdig. Er zeichnete ausführlich die Entwicklungsgeschichte des Paragraphen 129 bzw. 129a auf und wie sie seit dem KPD-Verbot 1956 angewendet wurden. Er wies auf den Widerspruch hin, auf der einen Seite in der PKK eine zentralistische, streng hierarchisch gegliederte Organisation zu sehen, deren höchstes Organ A. Öcalan in Syrien sei, und auf der anderen Seite zu behaupten, jeder, der dort organisiert ist, sei willentlicher und eigenverantwortlicher Mitentscheidungsträger.

Der Nachmittag endete mit der Bekanntgabe der Angeklagten, daß sie am nächsten Tag mit dem Verlesen ihrer Prozeßerklärung beginnen würden.

Der 3. Verhandlungstag

Zu Beginn stellte der Richter fest, daß die Entscheidung über die Einstellung des Verfahrens um eine Woche verschoben sei, die Bundesanwaltschaft wolle schriftlich dazu Stellung beziehen. Der Vormittag war erneut von Dolmetscher-Unzulänglichkeiten gekennzeichnet.

Erst kurz vor der Mittagspause begann Mehmet Karayilan mit dem Verlesen der Prozeßerklärung, die er im Namen aller Angeklagten vortrug. Er bezeichnete das Verfahren als „Fortsetzung der deutsch-türkischen Kriegsallianz gegen das kurdische Volk". Sie würden die Anklageschrift nicht anerkennen, da der Befreiungskampf unter Führung der PKK in der BRD juristisch nicht zu verurteilen sei. Auch wenn einzelne Menschen hier angeklagt seien, richte sich der Prozeß gegen den Freiheitswillen des gesamten kurdischen Volkes. In der den restlichen Tag beanspruchenden Erklärung erörterte Karayilan die Angriffe des deutschen Staates gegen hier lebende KurdInnen, die wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit der deutschen und türkischen Regierungen sowie den geschichtlichen Hintergrund der deutsch-türkischen Beziehungen. Karayilan stellte fest, daß schon bei dem Vökermord am armenischen Volk deutsches Militär, deutsche Waffen und deutsches Geld beteiligt waren, und zog Parallelen zu dem heutigen Vorgehen der BRD gegen das kurdische Volk.

Die politische Erklärung der Angeklagten wird an den folgenden Prozeßtagen weitergehen. Die Erklärung wird nicht für das Gericht gehalten, sondern für die Öffentlichkeit. Kommt deshalb zahlreich!

Prozesstermine :

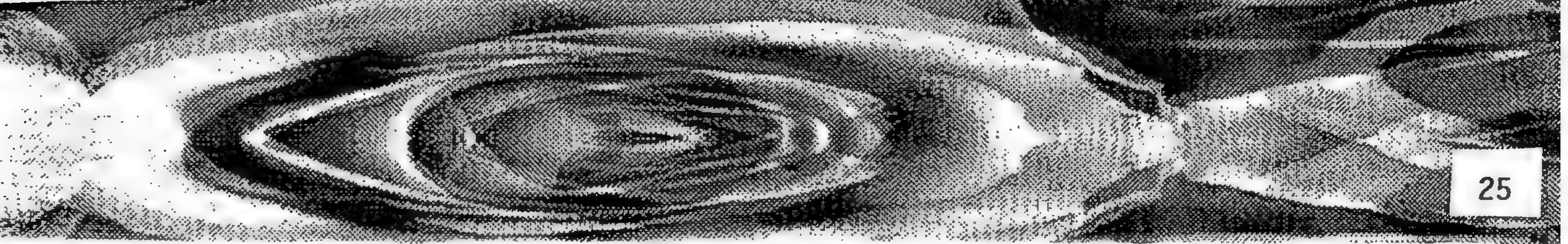
Der Prozess ist in der Regel auf zwei Mal wöchentlich terminiert, Dienstags und Mittwochs.
Beginn jeweils um 9.15 Uhr.
Termine im Mai : 7.5.; 8.5.; 14.5.; 15.5.; 28.5.; 29.5.;
Termine im Juni : 4.6.; 5.6.; 11.6.; 12.6.; 17.6.;

Die Betreuung der Gefangenen (Monatliches Einkaufsgeld, Zeitung, Dolmetscherkosten,Lebensmittelpakete,...), die Finanzierung ihrer Verteidigung, teilweise auch die finanzelle Unterstützung der Angehörigen ,... kosten unwahrscheinlich viel Geld.
Deshalb bitten wir euch um eure finanzielle Unterstützung auf folgendes Konto:

Rechtshilfekonto:
B. Wente
Postbank Stuttgart
Bankleitzahl : 600 100 70
Kontonummer: 3580 97-702

Stuttgarter Komitee zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen

c/o Zentralkultur e.V. - Pfarrstr. 7 - 70182 Stuttgart



Eine Antwort auf die verschiedenen Beiträge von Gruppen in Prenzlauer Berg zum 1. Mai in der Interim 372

Wir sind Menschen aus Ost und West, Deutsche und Nichtdeutsche, die in Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain leben und kämpfen. Wir haben es bewußt abgelehnt, uns nach Ost und West sortiert zu organisieren. Für die GenossInnen mit einer Ostsozialisation unter uns, war der direkte Kontakt mit der Westlinken wichtig und bestand nicht nur im abstrakten Vermitteln der linken Geschichte. Für die GenossInnen aus dem Westen war es wichtig zu erfahren, daß Menschen, die zur DDR trotz aller Fehler standen, nach der Annexion für eine gemeinsame revolutionäre Kampfperspektive eintreten. Wir sehen nur in diesem gemeinsamen Lernen mit allen Schwierigkeiten eine Kampferspektive und nicht in einer neuen Ost- West-Blockbildung.

Nach der Lektüre der verschiedenen O.S.T.B.L.O.C.K-Beiträge müssen wir uns etwas polemisch fragen, muß genossIn so schreiben, wenn sie sich O.S.T.B.L.O.C.K nennt. Was uns an Euren Stellungnahmen total mißfällt, ist das Eure Texte nicht nur die Meinung Eurer Gruppe bzw. Eures Zusammenhangs wiedergeben, sondern daß ihr mit dem Anspruch auftretet, für den Prenzlauer Berg zu sprechen. Z.B.: „Wir werden mit allen Folgen.. klarkommen müssen", „in unserem Bezirk", „warum es gerade uns treffen soll". Wir als BewohnerInnen fühlen der oben genannten Stadtteile fühlen uns durch dieses „Wir" nicht betroffen. Wir fragen die AutorInnen, warum sie für die Menschen im Stadtteil meinen sprechen zu können, obwohl sie doch, so der Tenor ihres Textes, gegen StellvertreterInnenpolitik sind. Wir fragen außerdem, wo die AutorInnen sechs Jahre nach der Annexion die Fiktion eines Ost-Stadtteils Prenzlauer Berg hernehmen. Gerade dieser Stadtteil ist heute ein Schmelztiegel von Menschen aus Ost und West. Viele Westberliner Linke zogen in den letzten Jahren dorthin, ebenso Menschen aus der alten DDR oder der alten BRD oder aus anderen Ländern. Wir begrüßen das und lehnen das Konstruieren einer Ostidendidät ab, egal ob es die PDS oder ihr macht. Es ist auch für Menschen, die nicht hier leben, legitim ihre Demos und anderen Kämpfe in unseren Stadtteil zu tragen und notfalls auch die Menschen damit zu konfrontieren. Wir würden auch nicht vorher fragen, wenn wir Aktionen in Kreuzberg, Schöneberg etc. machen wollen. Das gab es ja auch schon. Es sei nur an WBA-Demos erinnert, die in den Westteil führten. Zu den Mao- und Stalinfahnen nicht inhaltlich nur formal: Die Gruppen, die die Demos vorbereiten, müssen sich darüber verständigen, welche Fahnen, Transparente nicht gezeigt werden sollen. Einer nicht an dieser Vorbereitung beteiligten Gruppe steht da unserer Meinung nach kein Veto zu, nur weil sie vorgibt, dort zu wohnen, wo die Demo langgeht. Überlegt mal, wenn wir durch konservative Hochburgen gehen und uns die Leute dort verbieten würden, schwarze bzw. schwarz-rote Fahnen zu zeigen.

Noch einiges zu bestimmten Begrifflichkeiten in den Texten. Da wird erwähnt, daß 1994 eine Delegation der Revolutionären 1.Mai-Demo aus folgenden Personen bestand: „einer ehemaligen Pionierleiterin, einem prominenten Nachwuchs-Thälmann und der später als V-Frau enttarnten Christine Schindtke". Nun ist im Anschluß an die Enttarnung der V-Frau über Fehler im Umgang mit ihr in politischen

Zusammenhängen Einiges geschrieben worden. Was haben aber die beiden anderen Charakterisierungen für einen Sinn, außer zur Denunzierung der Personen beizutragen?

Für uns ist die Tatsache, daß sich eine ehemalige Pionierleiterin heute in revolutionären Zusammenhängen bewegt, ein Grund zur Zufriedenheit. Nicht alle, die einmal den Sozialismus in der DDR aufbauen wollten, haben sich mit den Verhältnissen arrangiert. Wir wundern uns, daß ihr einerseits so auf einer Ostidentität besteht, dann in typischer Westmanier z.B. ehemalige Pionierleiterinnen diffamiert. Fordert ihr demnächst etwa auch eine Stasi-Überprüfung vor Aufnahme in revolutionäre Zusammenhänge. Wir wissen, weil wir in den sozialen Bewegungen und Organisationen der obengenannten Stadtteile arbeiten, daß ihr mit dieser Aversion mit Recht von vielen Menschen aus der ehemaligen DDR angegriffen würdet. Nur bei versprengten Bürgerrechtlern, wir sagen lieber, KämpferInnen für die Rechte der Bourgeoisie, würdet ihr vielleicht Zustimmung finden. Aber auf deren Zustimmung pfeift ihr doch hoffentlich ebenso wie wir? Oder haben wir da etwas ganz falsch verstanden?

Mit der Bezeichnung „Mini-Thälmann" ist es im Grunde dasselbe. Viele Menschen in der DDR kämpfen gegen die Entfernung seines Namens, seines Andenkens aus dem Straßenbild ihrer Städte. Das heißt nicht, ihn kritiklos zu sehen, aber die in dem Schreiben deutlich werdenden Aversionen sind ein Gebräu aus der antikommunistischen Westtradition. Genauso übel aufgestoßen ist uns die Verwendung des Begriffs Bolschewismus. Wer ein bißchen Geschichtsbewußtsein hat, weiß das dieser Kampfbegriff aus dem Fundus der völkischen Bewegung und dem Faschismus kommt. Unter dem Oberbegriff 'Bolschewismus' wurden die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung zusammengefaßt. Unser Genosse H. erzählte von seinem Zwangsaufenthalt im Folterkeller der SA im März 1933: "Die SA-Leute schlugen mit allem zu, was sie hatten. Als die Gefangenen blutend am Boden lagen, traten sie mit den Stiefeln zu und schrien: Mit Euch Bolschewiken werden wir aufräumen."

Warum wird dieses Unwort in einer Kontroverse unter Linken wieder hervorgeholt. Es waren die Bolschewiki der ersten Stunde, die dem Terror unter Stalin zum Opfer fielen. Uns scheint, daß ihr mit der Frontstellung gegen den Bolschewismus jede revolutionäre Perspektive überhaupt begraben wollt. Denn es waren die Bolschewiki, die die Oktoberrevolution 1917 zum Sieg geführt haben. Unabhängig davon, was aus dieser Revolution geworden ist, bleibt das ihr großer Verdienst. Die Mehrheit der Menschen in der DDR zumindest reagieren auf die Verwendung dieser Kampfbegriffe allergisch.

Wir wünschen beiden revolutionären Mai-Demos viel Erfolg und werden sie freudig begrüßen, wenn sie durch Straßen ziehen, in denen wir leben! Anschließend feiern wir gemeinsam auf den Human-Platz!

Zusammen kämpfen - Zusammen feiern - Kampf den deutschen Zuständen

P.S.: Zu der Textpassage, daß dem Polizeisatz vor 2 Jahren zu verdanken ist, wollen wir nichts schreiben. Wir glauben, daß Ihr das selber nicht so meint.

Neue Termine für den § 129a - Staatsschutzprozeß gegen Ursel Quack

Donnerstag, der 30 Mai 1996, Montag, der 3 Juni und Donnerstag, der 13 Juni jeweils ab 9 30 Uhr sind als neue Termine für den §129a-Prozeß gegen Ursel Quack aus Saarbrucken vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgericht Koblenz angesetzt worden

Kurz vor den ursprunglich vorgesehenen Prozeßterminen Ende März 1996 wurde offen, daß ein Bericht des Bundeskriminalamtes, der u a im Verfahren gegen Ursel Quack Bedeutung hat, unter Verschluß gehalten wurde, weil er kriminalistische Bewertungen enthalt, die nicht der gewunschten Version der Bundesanwaltschaft entsprechen Das notdurftig gezimmerte Anklagegerust wurde dadurch wackliger, als es ohnehin schon war

In dieser Situation sahen sich die Richter nicht mehr in der Lage, den Prozeß schnell und reibungslos durchzuziehen Konfrontiert mit der Gegenmobilisierung, in der wir Schritte gegen die von staatlicher Repression beabsichtigte Entsolidarisierung und Entpolitisierung gemacht haben, ließen sie die Prozeßtermine erstmal platzen

Wir wollen, daß die Bundesanwaltschaft und der Staatsschutzsenat auch im zweiten Anlauf ins Schleudern kommen

Weg mit dem §129a - Prozeß gegen Ursel Quack !
Die Linke muß eine Kraft werden, die in der Lage ist, die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen !

Ursel ist nicht die einzige, die kriminalisiert wird Mit den Mitteln der Repression versucht der Staat das Zustandekommen einer handlungsfähigen fundamentalen Opposition zu verhindern. Ansatze von Organisierung aus den letzten Jahren sollen erstickt werden Keine Gruppe und kein politischer Zusammenhang kann das allein aus eigener Kraft abwehren

Wir brauchen Solidaritat und Einheit innerhalb der Linken gegenuber staatlicher Repression !

Alle, die sich nicht langer dem reaktionaren Mainstream unterwerfen wollen, rufen wir auf, Protest und Widerstand auf die Straße zu bringen !

Im gemeinsamen organisierten Handeln werden wir starker !

Kommt am Donnerstag, den 23. Mai 1996 um 20.00 Uhr zum Mobilisierungsplenum !
In Saarbrücken, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2

Kommt zur Demonstration am ersten Prozeßtag !
16.30 Uhr Josef-Görres-Platz, in Koblenz

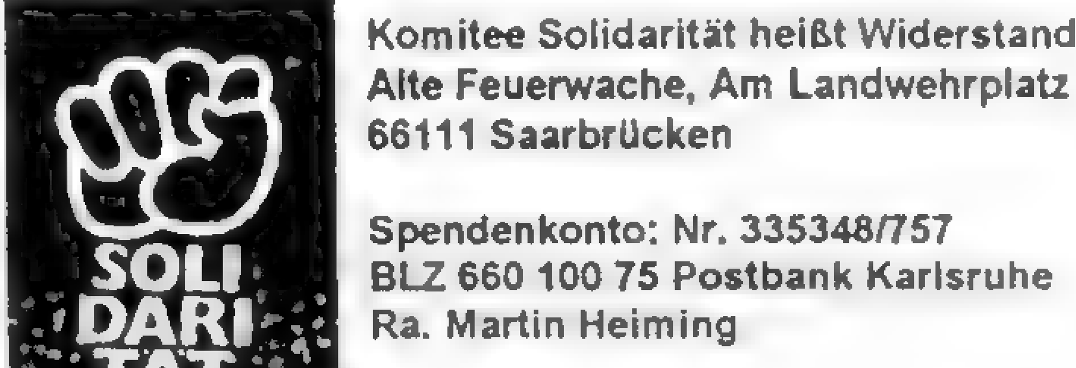
Kommt zu den Prozeßterminen ! Zeigen wir Solidaritat und politische Prasenz im Gerichtssaal !

Prozeßcafé in den Prozeßpausen und nach dem Prozeß im TATORT, Münzplatz 15

Ursel wird vorgeworfen, über einen längeren Zeitraum Kontakt mit der RAF gehabt zu haben und mit ihrer politischen Arbeit in Initiativen in Saarbrücken (Stadtteilzeitung Stoffwechsel, Gelber Punkt-Aktion, Antifaschistisches-Antirassistisches Notruftelefon) im Abstimmung mit einer „Strategie der RAF" gehandelt zu haben Den Beweis für den Kontakt soll ein Brief erbringen, der im Rucksack von Birgit Hogefeld bei ihrer Verhaftung in Bad Kleinen gefunden worden war und der Ursel zugeordnet wird. Untermauert werden soll das ganze mit Ursels politischer Geschichte seit Mitte der achtziger Jahre im Zusammenhang mit revolutionärer Politik, ihrer solidarischen Auseinandersetzung mit der Politik der RAF und mit ihrer Korrespondenz mit politischen Gefangenen

In der Mobilisierung gegen Ursels Prozeß stellen wir solidarische Bezüge zu anderen Kriminalisierten her:

- Die seit Anfang der 90er Jahre laufenden Ermittlungen gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen sollen im August 1996 in einem Schauprozeß gegen 17 AntifaschistInnen gipfeln Dieser Prozeß sol, Pilotfunktion für die Durchsetzung einer neuen Qualitat staatlicher Verfolgung von antifaschistischer Organisierung haben
- Im Zuge von bundesweiten Razzien im Zusammenhang mit der Zeitschrift *radikal* sowie den militanten Gruppen Antiimperialistische Zelle (AIZ) und dem (mittlerweile aufgelösten) K.O.M.I.T.E.E wurden im Sommer 1995 vier Männer festgenommen und bis Ende des Jahres in Untersuchungshaft festgehalten. Nach anderen wird seitdem gefahndet. Im März wurden zwei weitere Männer verhaftet, denen Mitgliedschaft in der AIZ vorgeworfen wird Wir mussen in diesem ganzen Zusammenhang mit Eröffnungen von §129a-Prozessen rechnen
- Vor dem Hintergrund der Tätigkeit des Verfassungsschutzagenten Steinmetz wurde ein Ermittlungsverfahren gegen eine Bewohnerin des Frankfurter Wohnprojekts Fritze mit dem Vorwurf der Beteiligung an der Sprengung des Neubaus des Hochsicherheitsgefängnisses Weiterstadt eingeleitet Gegen vier BewohnerInnen wurde wegen Aussageverweigerung Beugehaft verhangt, zwei der Betroffenen sind immer noch in Haft
- Am weitesten geht die staatliche Repression gegen den kurdischen Befreiungskampf Gegen in Deutschland lebende KurdInnen gibt es ständig Prozesse, tausende von Ermittlungsverfahren, darunter zahlreiche nach §129a. Mehrere hundert kurdische politische Gefangene sitzen in deutschen Gefängnissen



Komitee Solidarität heißt Widerstand
Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

Spendenkonto: Nr. 335348/757
BLZ 660 100 75 Postbank Karlsruhe
Ra. Martin Heiming



Prozeßtermine:
30. Mai 1996
3. Juni 1996
13. Juni 1996
9.30 Uhr,
OLG Koblenz,
Karmeliterstraße

sender r kivotos, sender r outopia

please contact us in greece thessaloniki

r outopia tel 031-214272/ fax 031-207093

r. kivotos tel +fax 031-855706 thessaloniki 6 3

in dem sog "fruhling" der freien radios verwandelte sich der stadtteil anopoli von thessaloniki in einen wald von antennen
die bewohnerinnen dieses stadtteils forderten zu recht die entfernung der antennen
da sie einem hohen grad von strahlung ausgesetzt waren
diese situation geriet schnell in die falschen (politischen) hande
unter vorwand der entfernung des antennenwaldes ,war das wahre ziel die politik
die wirtschaftlich schwächeren und nichtkommerziellen radios zu vernichten
die beiden selbstverwalteten,antihierachischen und nichtkommerzielle sender
radio utopia und radio kivotos beschlossen solange in anopoli zu bleiben
bis ihnen eine technische und finazielle alternative angeboten wurde.
um auf keinen fall die sender schließen zu mussen
der entschluß war aber von seiten der stadt schon gefasst
die antennen sollten wenn notig auch mit gewalt entfernt werden

am 16.3.92 erschienen unter starkem polizeiaufgebot (sek) die kräne der stadtverwaltung
nachdem sie die antenne von r. outopia heruntergerissen hatten,umzingelten und belagerten sie das studio von radio kivotos
nachdem unterztützerinnen vor dem radio zusammengeknüppelt wurden, drangen sie mit gewalt ins studio ein und verhafteten mehrere personen.von denen 12 bis spät in die nacht in gewahrsam blieben
die anklage gegen die 12 ist widerstand gegen die staatsgewalt und beamtenbeleidigung
am nächsten tag fand in der innenstadt eine demo mit 700 personen statt.um solidarität zu den beiden radios und den 12 gefangenen zu zeigen

4 jahre später ,am 12.3.96 sind diese 12 jetzt auf der anklagebank
in den letzten 4 jahren,seit die antennen 40 km außerhalb ,auf den choriatias berg gezogen sind (wie das problem der strahlung zu der dortigen bevölkerung), standen die beiden radios
vor endlosen finanziellen angriffen ,welche mit dem neuen rundfunkgesetz für radiolicenzen einen vernichtenden charakter erhalten
in diesen tagen mobilisieren wir für den prozeß mit gemeinsamen aktionen von mitgliederinnen und unterstützerinnen der beiden radios. ein teil der aktionen hat stattgefunden,um zur solidarität aufzurufen:gemeinsame plena der radios,graffiti,flugblatt-und plakataktionen und viele radioprogramme
es soll gemeinsam als demo zum gericht in den prozeß gegangen werden
es ist offensichtlich, daß eine wahrscheinliche verurteilung ein schlag gegen die freien,selbstverwalteten radios ist
dieser prozeß ist ein akt der repression gegen fortschrittliche krafte in griechenland
wir bleiben die unregierbare stimme im herzen der stadt!
sofortige einstellung der prozesse gegen die 12 !!!
SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !!!!!!!!!!

we're here to stay

RADIO KIVOTOS
RADIO UTOPIA

77 000 000 000 DM für die Modernisierung der Bahn - und nicht für'n Groschen Berollbarkeit ...

Aufruf zur bundesweiten Bahn(fahr)-Aktion am 5. Mai 1996

Am europaweiten Antidiskriminierungstag fahren wir, Frauen/Lesben mit und ohne Beeinträchtigungen, mit der Bahn (mit dem "Schönes-Wochenende"-Ticket, mit dem bis zu 5 Personen am Wochenende für 35,- beliebig weit fahren dürfen) von Berlin nach Frankfurt/Oder.
Dort werden wir eine Kundgebung machen, um auf die Diskriminierung von Frauen, Männern und Kindern mit Beeinträchtigungen aufmerksam zu machen und unsere Forderungen zu stellen. Die Aktion wird von Frauen/Lesben aus Frankfurt/Oder unterstützt, und Presse ist eingeladen.
In anderen Städten werden viele andere Gruppen unterwegs sein.

Bildet eigene Gruppen und kommt am 5.Mai um 14 Uhr nach Frankfurt/Oder!
Wenn ihr mehr wissen und/oder mit uns zusammen fahren wollt, ruft an (bis 3.5. 20 Uhr): 691 57 27.

Seit Jahrzehnten bemühen sich Behindertenorganisationen und Krüppelinitiativen darum, daß die Fahrzeuge und Anlagen der Deutschen Bahn behindertengerecht gestaltet werden - ohne nennenswerte Erfolge.

Aufgrund der zahlreichen organisatorischen Vorgaben ist spontanes Reisen unmöglich und auch gut vorbereitet ein schwieriges Unterfangen. So ist z.B. der Höhenunterschied zwischen Bahnsteig und Eingangstür zu groß, gehbehinderte und alte Frauen und Männer oder diejenigen mit Kinderwagen können ohne Hilfe von anderen nicht in den Zug einsteigen. Auch jegliche Orientierungshilfen für blinde oder sehbehinderte Menschen fehlen. Um Hilfe in Anspruch nehmen zu können, bedarf es einer schriftlichen oder mehrmaligen telefonischen Anmeldung. **Trotzdem klappt es oft nicht!**

Die Benutzung des "Schönes-Wochenende"-Tickets ist alles andere als schön. In vielen Regionalbahnen gibt es nicht einmal Einstiegsmöglichkeiten für RollstuhlfahrerInnen oder die Gänge sind zu schmal, so daß oft nur die Möglichkeit bleibt, sich vor das Klo zu stellen. Sogar viele Bahnhöfe sind nicht zugänglich.

Alles typische Beispiele, die auch die eigentliche Bedeutung des Wortes 'behindert' deutlich machen: Frauen, Männer und Kinder mit unterschiedlichen körperlichen Fähigkeiten werden behindert Bahn zu fahren - und weit mehr.

Mindestens 10% aller Frauen, Männer und Kinder in der brd leben mit körperlichen Beeinträchtigungen. Entsprechend viel Platz und ausreichende Hilfsmittel müssen in allen Zügen geschaffen werden - genauso natürlich in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens: Schulen, Praxen, Kinos, Geschäfte, öffentliche Verkehrsmittel, usw. usf.

Die Bahn-AG gibt zur Zeit 77 Milliarden DM für Umbaumaßnahmen aus, aber wir fordern mehr als pastellfarbene Sitze. Wir fordern:

Mehrere festinstallierte Rampen an allen Zügen !
Berollbare Plätze, Toiletten, Speisewagen in jedem Zug!
Orientierungshilfen für blinde und sehbehinderte Frauen und Männer !
Bus und Bahn für alle !

Doch damit noch lange nicht genug:
Wir fordern einfache Benutzbarkeit aller Beförderungsmittel für ALLE!
Das gleiche natürlich für alle Wohnungen, Schulen, Läden, Schwimmbäder, Kinos, ...
Und zwar dalli!

Für ein selbstbestimmtes Leben ohne Ausgrenzung !

Lesben/Frauen gegen Ausgrenzung und Normierung
c/o Kraut & Rüben, Oranienstr. 15, 10999 Berlin

ViSdP Erna Müller, Käthe Niederkirchner Str. 13, Berlin

WIDER DEM VERGESSEN

WOCHE DER MAHNUNG UND ERINNERUNG

2.–10. Mai an der HUB

3.Mai 14.30 Uhr (Krähenfuß)
Menschenversuche im NS:
Das Robert-Koch-Institut

4.Mai 14 Uhr (Krähenfuß)
Zeitzeugen: Ravensbrück

5.Mai 14 Uhr (Krähenfuß)
Zeitzeugen: Freie Republik
Schwarzenberg 1945

6.Mai 18 Uhr (Krähenfuß)
Zeitzeugen: Auschwitz

7.Mai 18 Uhr (Krähenfuß)
Politische Gefangene in der brd

8.Mai 19 Uhr (Senatssaal)
Zeitzeugen: Festliche Veranstaltung

9.Mai 18 Uhr (Garderobe AudiMax)
Zeitzeugen: Buchenwald

10.Mai ab 12 Uhr auf dem Bebelplatz
Lesung aus den verbrannten Büchern

WIDER DAS VERGESSEN

2.-10.Mai 1996 HUB

OCHE DER MAHNUNG UND DER ERINNERUNG

KONZERTE

4.Mai - ab 12.00Uhr
Krähenfuß HUB
Veranstaltung mit musikalischen Pausen
Klezmer-Duo Rosenthal & Ginzburg

8.Mai - 20.00 Uhr
Senatssaal HUB
Kasbek-Klezmer-Ensemble

9.Mai - 20.00 Uhr
Garderobe AudiMax HUB
Gruppe Aufwind (Klezmer)

Veranstalter: HUmmel-Antifa, RdA, ROTKÄPCHEN, Refrat HUB

„SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE“

ZUSAMMEN GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG DES LINKEN WIDERSTANDS VORGEHEN!

Veranstaltung mit den Betroffenen von den §129- Verfahren gegen die **radikal** und die **Autonome Antifa (M)**

*aktuelle Informationen zu den Verfahren.Geschichte und Stand der Dinge
*Gemeinsamkeiten der Kriminalisierung. und Auswirkungen auf die gesamte Linke
*Einschätzungen zu Strategien der Anti-Repressionsarbeit

2. MAI 19.00, IM KATO AM SCHLESISCHEN TOR

BÜNDNIS 129

GO TO FRIEDELHAINER KIEZ-DISCO
SAMSTAG 4.5.96 AB 22°° UHR
SOLI-PARTY
im SEK

SEK - SCHARNWEBERSTR. 28 (ECKE COLBESTR.)
U - SAMARITERSTR. BERLIN - F'HAIN



vorruft. An kraft und Or

Anschlag auf Haus von Arbeitsamt-Vize

Norderstedt. dpa Auf das Haus von Helmut Machleidt, Vizepräsident des Landesarbeitsamtes Nord in Norderstedt bei Hamburg, ist in der Nacht zum Montag ein Anschlag verübt worden. Dabei seien Scheiben zu Bruch gegangen sowie Buttersäure und Farbflaschen in und am Haus verteilt worden, bestätigte die Familie. In einem gestern aufgetauchten Bekennerschreiben wird Machleidt wegen seiner Fahndung nach illegal auf deutschen Baustellen arbeitenden Ausländern als „professioneller Menschenjäger und Schreibtischtäter“ bezeichnet.

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag und Diskussion

SPONTANEITÄT UND/ODER ORGANISATION?

Montag den 6. Mai um 19 Uhr
im A-Laden
Rathenower Str. 22
(Berlin-Moabit)

Laßt uns unregierbar sein!

Kommt alle zum antiautoritär-sozialrevolutionären Plenum!
Erstes Treffen
Donnerstag 9.Mai um 19 Uhr im Nachladen, Waldemarstr.36, Berlin

Projekt Arthur

Die Gewaltfrage 1968

Video, BRD 1987, 72 min., Medienwerkstatt Freiburg, anschl. Diskussion mit ehemaligen Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni

Sa. 04.05. um 20.00 Uhr

Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur - Mauricio Rosencof

Video, BRD 1989, ca. 45 min.
Dokumentation vom 26.05.1989 in der Hamburger Fabrik

Mauricio Rosencof berichtet in dem Video über seine 13 Jahre Gefängnis und Folter in Uruguay. Rosencof war führendes Mitglied der Tupamaros. Die Wahrung der eigenen Identität unter der absoluten Repression ist nur über die Kultur möglich. Die Repression will die eigene Kultur brechen. Denn ein Mensch ohne eigene Kultur ist ein Mensch ohne eigenen Identität. Rosencof schildert eindringlich wie nur durch die Voraussetzung einer eigenen Kultur politische Kämpfe dauerhaft geführt werden können.

So. 05.05. um 17.00 Uhr

AUF DEM AMT

Die Obdachlosen Theater Gruppe zeigt den Sketch: Auf dem Amt

-Beißend - witzige Satire auf den allgemeinen Wahnsinn - Heute: Thema Sozialamt
Mit bitterer Ironie werden Umgangsformen + burokratischer Schwachsinn auf die Schippe genommen.
Die Theatergruppe (ehemaliger) Obdachloser existiert seit ca. 3 Jahren - die Stucke werden von einem Mitglied - Bernd Spigker - nach eigener Lebenserfahrung selber verfaßt.
Eintritt frei - über Spenden freuen wir uns!

Fr. 03.05. um 20.00 Uhr

Polizei und Verfassungsschutz Geschichte und Gegenwart

Info- und Diskussionsveranstaltung mit Otto Diedrichs, Mitarbeiter des Instituts für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit und der Zeitschrift für Bürgerrechte und Polizei *Cilip*

Mi. 08.05. um 20.00 Uhr



Rehhagel gefeuert - Beckenbauer Interimstrainer

BM München, 28. April
Paukenschlag in der Fußballbundesliga: Der FC Bayern München entließ am Sonnabend abend, wenige Stunden nach der blamablen 0:1-Niederlage gegen Aufsteiger Hansa Rostock, seinen Trainer Otto Rehhagel. Bis zum Saisonende wird Präsident Franz Beckenbauer die Mannschaft wieder coachen. Als Nachfolger von Rehhagel, dessen Vertrag bis 1998 lief, kehrt zu Anfang der neuen Saison Gio...

Veranstaltungsreihe zu:

Bioethik Eugenik „Euthanasie"

„Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist."
(So beschrieb der italienische KZ-Häftling Primo Levi den Blick eines NS-Arztes)

Beginn der Veranstaltungen jeweils um 19.30 Uhr im Baobab, Winsstr. 53, Berlin-Prenzlauer Berg

7.5. „Ihr Tod reißt nicht die geringste Lücke"
Zur Geschichte von Heilen durch Vernichten. Die Verdinglichung und Entwertung von Menschen in Konzepten der Psychiatrie und der Eugenik

14.5. „Euthanasie" gestern und heute
Ausgehend von seinen persönlichen Erfahrungen schildert ein Überlebender der „Euthanasie", wie auch heute noch behinderte Menschen bedroht sind. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, unterliegen verschärften Verwertungszwangen und häufig wird ihnen das Lebensrecht überhaupt abgesprochen.

21.5. Organtransplantationen - schöne Welt der Medizin?
Die spektakulären Erfolge der Organtransplantationsmedizin setzen das Hirntod-Konzept voraus: ein Mensch ist schon tot, wenn sein Gehirn tot ist, seine Organe aber noch lebendig gehalten werden. Welche Hoffnungen weckt diese Medizin? Welche Gewalt tut sie wem an? Wer zahlt den Preis für die neue Niere, das neue Herz? Gibt es eine Pflicht zur Organspende? Was ist ein würdiges Sterben?

28.5. Zeigt her Eure Gene
Das „Qualitätskind" (Pränatale Diagnostik) und die Ausgrenzung „erbgutriskanter" Menschen aus Arbeit und sozialen Sicherungssystemen („Gen-Pass")

Veranstalter: AGiP, Antifaschistische Gruppe im Prenzl. Berg
In Zusammenarbeit mit GeN, Gen-ethisches Netzwerk e.V.

Größenwahn

-Veranstaltungsetage-

PROGRAMM für

MAI '96

Größenwahn
Kinzigstr. 9 HinterHaus
10247 Berlin- Friedrichshain
Tel. 291 80 83 oder 294 76 88

!!! NEUE FILM- UND ÖFFNUNGSZEITEN !!!

Samstag, 4.5.96
16.00 - 20.00 Uhr

Kaffee und Kuchen
und um
18.00 Uhr Film: *„Die Liebenden von Pont Neuf"*

Mittwoch, 8.5.96
20.00 Uhr

Kritische Filme zum Papstbesuch (23.6.96)
„Der Papst, die Nazis und die Juden"
Film über das Stillschweigen des Vatikans zum Holocaust mit anschl. Diskussion
(Veranstaltung der Anti-Papst AG)

Donnerstag, 9.5.96
20.00 Uhr

FRIEDRICHSHAINER GESCHICHTE(N)
„Die Stalinallee"
Die Geschichte der Stalinallee - Vom Stadtplan bis zur Biographie
Diavortrag mit Dr. Simone Hain

Freitag, 10.5.96
21.00 Uhr

FrauenLesbenVideoKino „Out in Friedrichshain":
„When Night is falling"
ab 20.00Uhr ist geöffnet - Eintritt 4 mark (Women only)

```
4.Anti-Papst-Treffen
Freitag,3.5.96
19.30 blauer Salong
```



LEGEN WIR DIESE STADT LAHM!

Protest gegen Sozialabbau und Ausgrenzung wird zum Alltag in dieser Stadt!

BÜNDNIS

9. Mai 1996

Protest- und Aktionstag in ganz Berlin!



Organisiert gemeinsame Aktionen und leistet Widerstand!

Für eine Umverteilung von oben nach unten!
Für eine materielle Grundsicherung von 1500.- plus Miete!
„BVG - Nulltarif“!
Legalisierung von Hausbesetzungen - sozial gerechte Mieten!
Abschaffung aller AusländerInnengesetzen!
Keine Diskriminierung von Behinderten und Pflegebedürftigen!

Abschlußkundgebung: 19.$^{\underline{00}}$ Breitscheidplatz

Berliner Bündnis gegen Sozialabbau und Ausgrenzung
Informationen über und Anfragen zu Aktionen beim RefRat HUB: 2093-2603

V.i.S.d.P. ReferentInnenRat der HUB, Unter den Linden 6, 10099 Berlin